Bezugspreis für Januar durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk. frei ins Haus
Beilagen: „Am Web der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr „Stamm und Scholle" aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger nur für die Bezieher der jeweiligen Preise wochentäglich
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2445 2449 und 2450
Geschäftsstelle Prinzipalmarkt 13/14 Fernsprecher Nr. 78.
Berliner Redaktion: Paul Fr Bögen Berlin SW 68. Perl Bebelplatz 5 Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe. 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familien-Anzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt fällt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114 Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, den 27. Januar 1927.

76. Jahrgang. Nr. 88

Der Kampf um die Wohnungszwangswirtschaft.

Um die Hirtsiefer-Verordnung.

tu **Berlin** 26. Jan. (Tel.)

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stehen zunächst kleine Vorlagen.

Außerhalb der Tagesordnung gab

Abg. **Gieseler** (Volk.), von lauten Aha-Rufen der Linken empfangen, zu dem Beleidigungs-Prozeß des Ministers Hirtsiefer gegen den völkischen Redakteur Lippert eine Erklärung ab. Der Abgeordnete erklärte zum Schluß, daß er aus dem Umfall seines Gewährsmannes die Folgerungen ziehe und seine Anschuldigung gegen den Minister Hirtsiefer mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehe. (Großes Gelächter links, Zuruf des Abg. Falk (Dem.): Das ist das Ende einer schamlosen Verleumdung!)

Das Haus überwies dann an den Hauptausschuß den Runderlaß des Innenministers über die Regelung des Schiedsspruches, sowie eine Denkschrift des preußischen Innenministers „Wegweiser durch die Polizei", die den Aufbau und die Tätigkeit der preußischen Polizei behandelt.

Das Haus setzt dann die Beratung des Wohlfahrts-Etats beim Kapitel

„Wohnungs- und Siedlungswesen"

fort.

Abg. **Ladendorff** (W. Vgg.) bezeichnete die Wohnungszwangswirtschaft als das größte Übel seit der Revolution und erklärt das ganze System im Wohnungsbau für verkehrt. Der Redner begründete Anträge, in denen mehr Mittel für den Schutz des Altwohnraumes und eine bessere Entschädigung des Hausbesitzers verlangt werden. Jede weitere Erhöhung der Hauszinssteuer sei abzulehnen. Redner verteidigt die Hirtsiefer-Verordnung über die Freilassung der gewerblichen Räume und polemisierte gegen Milderungsanträge der Deutschnationalen. Hoffentlich werde der Minister stark genug sein, seine Verordnung aufrecht zu erhalten.

Abg. **Meyer-Solingen** (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Ladendorff, der vor wenigen Tagen in einer Versammlung vor den Mieterdeputationen ausgerückt sei. (Lachen und Beifall links, Händeklatschen auf den Tribünen). Redner fordert Erhöhung der Wohnungsbautätigkeit auf 250 000 Wohnungen im Reiche pro Jahr. Die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft könne erst in Frage kommen, wenn Angebot und Nachfrage gleich und die Ausnutzung der Mieter unmöglich sei. Auch in absehbarer Zeit sei keine Möglichkeit gegeben, die Wohnungszwangswirtschaft abzubauen, oder den Mieterschutz einzuschränken. Die Sozialdemokraten würden über ihren Antrag auf Aufhebung der Hirtsiefer-Verordnung namentliche Abstimmung beantragen. (Händeklatschen auf den Tribünen).

Abg. **Kölges** (Ztr.) erklärt, daß ein großer Teil rheinischer Städte, wie Duisburg, Düsseldorf, Essen, Mülheim, Oberhausen und Dortmund, hinsichtlich der Zahlungen aus dem Ausgleichsfonds, noch schlechter gestellt seien, als Berlin. Die Wohnungszwangswirtschaft sei eine unangenehme Zeiterscheinung und dürfe nur vorübergehend sein. Größere Wohnungen müßten geteilt und neu geschaffene Räume von der Zwangswirtschaft freigelassen werden. Die demokratische Fraktion sollte nicht immer dem Zentrum und dem Wohlfahrtsminister den Knüppel zwischen die Beine werden, sondern sich offen erklären, ob sie das Verhalten des Ministers billige. Der Ababu der Zwangswirtschaft sei erst erfolgt, nachdem die Spitzenorganisationen sich für den Abbau ausgesprochen hätten. Auch die Vertretungen des Handwerks, des Einzelhandels und der Hausbesitzer, hätten keine ablehnende Stellung eingenommen. Der Zeitpunkt für die Lockerung der Zwangswirtschaft sei gerade bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage der allergünstigste.

Abg. **Spickernagel** (DVP.) wünschte eine schleunige Beratung der Milderungsanträge zur Hirtsiefer-Verordnung. Zur Förderung des privaten Wohnungsbaues beantrage seine Fraktion eine längere Befreiung von der staatlichen Grundvermögenssteuer für Neubauten. Redner wendet sich gegen eine einseitige Bevorzugung der gemeinnützigen Baugesellschaften bei Vergebung der Hauszinssteuer.

Abg. **Heym** (Komm.) bekämpft die Lockerung der Zwangswirtschaft.

Abg. **Merten** (Dem.) begründet die Haltung seiner Fraktion zur Verordnung des Ministers und polemisiert gegen die Haltung der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. In Halle sei ein Laden gekündigt worden, der bisher 3000 Mark gekostet habe, und der jetzt 9000 Mark kosten solle. Der Vermieter sei der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins in Halle. (Hört! hört! bei den Demokraten, Zurufe der Wirtschaftspartei.) Der Redner führt weitere Beispiele für das rigorose Vorgehen von Hausbesitzern an

Abg. **Bergmann** (Ztr.) fordert zum Schutze der in ihrer Existenz bedrohten Mieter, eine Änderung der durch die Verordnung geschaffenen Rechtslage. Ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft komme nur in Frage, wenn Angeot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkte sich einigermaßen ausgleichen. Der Redner weist die Angriffe gegen die Zentrumspartei wegen ihrer Wohnungspolitik und die wüste Hetze gegen den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer entschieden zurück. Es sei bedauerlich, daß der Verbreiter der schmutzigen Verleumdungen gegen Hirtsiefer der völkische Abg. Gieseler, nicht gerichtlich belangt werden könne.

Minister **Hirtsiefer** weist darauf hin, daß er seine Verordnung erst dann herausgegeben habe, nachdem die Spitzen-Organisationen zugestimmt hätten. Auch die Parteien seien seit langen Jahren für den Abbau der Zwangswirtschaft eingetreten, die Volkspartei seit 1924 dafür, daß man bei den gewerblichen Räumen anfange. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrumspartei, hätten vor einem Jahre die Freilassung der gewerblichen Räume gefordert. Auch der demokratische Abg. Hoff habe den Antrag mit unterschrieben, die Unterschrift aber später wieder zurückgezogen. Der Minister spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß sich im Ausschuß ein Weg zur Behebung der unvermeidlichen Übergangsschwierigkeiten finden werde.

Die allgemeine Besprechung wird geschlossen.

Mit großer Mehrheit werden die vorliegenden Anträge auf Milderung der Hirtsiefer-Verordnung bezw. auf Aufhebung der Verordnung sofort dem Wohnungs- und Heimstätten-Ausschuß überwiesen, der sich in Kürze mit den Anträgen zu beschäftigen haben wird.

Das Haus vertagt sich auf den 15. Februar 1927, 1 Uhr, um dann mit der Einzelberatung zum Wohlfahrtsetat und der zweiten Lesung des Domänenetats zu beginnen.

Zusammenschluß der Postbeamten-Organisationen.

w **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) In der heute nachmittag abgehaltenen gemeinsamen Tagung des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten und des Bundes der Post- und Telegraphenbeamten (Zivilanwärterbund) wurde der Zusammenschluß der beiden Postbeamten-Organisationen beschlossen. Der neue Spitzenbund wird den Namen „Deutscher Postverband" erhalten und sich aus den Mitgliedern der bisherigen Verbände zusammensetzen.

Die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik.

s **Berlin**, 26. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Nach längeren Verhandlungen der letzten Tage sind heute von den Unterhändlern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei folgende Richtlinien über die künftige Regierungspolitik angenommen worden:

I. **Außenpolitik.**

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung, Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno, loyale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

II. **Verfassung.**

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform, unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit, sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Artikel 3 der Reichsverfassung), gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

III **Reichswehr.**

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt:

1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen.

2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogen. Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, verboten. Diese Bestimmungen sollen strengstens durchgeführt werden.

3. Es wird eine Rekrutierungsordnung erlassen, die Vorkehrungen trifft, daß keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne der Ziffer II in die Reichswehr aufgenommen werden.

IV. **Kulturfragen.**

Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes, grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten, Sicherung des Religionsunterrichtes (Artikel 149).

V. **Sozialpolitik.**

Tatkräftige Förderung der Sozialreform, Ausbau und Vollendung des Arbeitsrechtes. Der nächste Schritt auf diesem Gebiete soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutz-Gesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen, — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Übergangs- und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitszeit beseitigt werden. Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft, ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustandegekommenen Einigung weiter auszubauen.

Dringlich ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Aufbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungszweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen, wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die soziale Reform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt zu fördern.

*

Die Anerkennung dieser Richtlinien der künftigen Regierungspolitik, bedeutet einen großen politischen Erfolg des Reichskanzlers Dr. Marx und der gesamten Zentrumsfraktion. Diese Richtlinien fußen auf der letzten Kundgebung des Zentrums und sie schließen sich an an die Zentrumspolitik der letzten Jahre, sowohl in innen- wie außenpolitischer Beziehung. „Die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und die Anerkennung des Vertrages von Locarno" wird hier von den Deutschnationalen in vollem Umfange vollzogen. Sie haben also auch mehr einsehen gelernt, daß die außenpolitische Linie, die von den Mittelparteien in den letzten Jahren innegehalten wurde, die vor allem mit als erste von der Zentrumsfraktion des Reichstages beschritten wurde, der richtige Weg ist zur Gesundung des deutschen Volkes, zur Gesundung Europas und der ganzen Welt. Ebenso wichtig ist aber auch die Anerkennung der „Rechtsgültigkeit der in der Verfassung begründeten republikanischen Staatsform" sowie der „unbedingte Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben."

Mit dieser Anerkennung und dem Schutze der Republik gegen „alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken" und des Verbots an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen, stellt sich die Deutschnationale Volkspartei völlig auf den Boden der republikanischen Verfassung, erkennt also die Republik in vollem Umfange an.

Welch großes Verdienst es für die Zentrumspartei ist, wenn auch nach längerem, allerdings allzu berechtigtem Sträuben, in Verhandlungen mit den Deutschnationalen getreten zu sein und nunmehr eine so große Partei auf den Boden der bestehenden Staatsform zur positiven Mitarbeit herangezogen zu haben, das läßt sich heute in vollem Umfange noch gar nicht übersehen und muß sich erst in der Zukunft praktisch ausweisen.

Wenn dieses Mal Richtlinien für das Regierungsprogramm ausgearbeitet worden sind, die eindeutig und klar das Verhältnis der Koalitionsparteien kennzeichnen, so war das deshalb notwendig, weil ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Deutschnationalen, vor allem das Zentrum, beherrschte. Dank dem beharrlichen Vorgehen der Zentrumsfraktion und ihrer Unterhändler ist es gelungen, von den Deutschnationalen derartige, bisher nie geahnte Eingeständnisse zu erlangen. Die Konsolidierung, wie sie sich in den letzten Jahren innerhalb des Zentrums mehr und mehr vollzogen hat, und die in allen Kreisen des Zentrums eine volle Anerkennung der republikanischen Verfassung hervorgerufen hat, hat sich nunmehr auch auf die Deutschnationalen übertragen, und muß sich auch hier, wenn auch nicht auf einmal, so doch langsam, durchsetzen. Man mag zunächst über die scharf formulierten Richtlinien erstaunt sein, aber sie mußten so gehalten sein, um nicht erneut Gefahren einer doppelseitigen Auslegung heraufzubeschwören. Die deutschnationalen Unterhändler haben den Richtlinien zugestimmt. Ihre Fraktion hatte ihnen weitgehende Vollmacht erteilt. Sie müssen nun selbst dafür sorgen, daß etwa gegen sie bestehendes Mißtrauen vollends schwindet, dadurch, daß sie durch die Tat beweisen, wie ernst es ihnen mit ihrer völligen Wandlung ist.

Im Zentrum wurde der Bericht der Unterhändler günstig aufgenommen. Von der Fraktion wurden die obigen Abmachungen einstimmig gebilligt, wie denn auch überhaupt gerade in den letzten Wochen eine erfreuliche Übereinstimmung in der ganzen Zentrumsfraktion herrschte. Wenn Männer wie Wirth und Joos, nicht nur an der Kundgebung des Zentrums, die diesen Richtlinien zugrunde liegt, sondern auch an der ursprünglichen Redaktion dieser Richtlinien mitgearbeitet haben, so kann das selbst dem pessimistischsten Republikaner als günstiges Omen gelten. Man hat sich aber dieses Mal nach den trüben Erfahrungen der Koalition mit den Deutschnationalen aus dem Jahre 1925 noch eine Art Rückversicherung geschaffen durch ein besonderes Protokoll, das jeder zweideutigen Auslegung und jeder Mißdeutung vorbeugen kann. Man ersieht hieraus, daß die Unterhändler des Zentrums mit der größten politischen Vorsicht zu Werke gegangen sind und daß es auf der anderen Seite den Deutschnationalen dieses Mal wirklich Ernst ist mit einer ehrlichen, positiven Mitarbeit.

Das amtliche Communiqué.

tu **Berlin**, 26. Jan. (Tel.)

Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Herr Reichskanzler um 10 Uhr vormittags dem Herrn Reichspräsidenten über den Stand der Regierungsbildung Bericht erstattet hatte, fanden gegen Mittag die Verhandlungen über die Richtlinien des Herrn Reichskanzlers über die künftige Regierungspolitik mit den deutschnationalen Unterhändlern nach einer eingehenden Erörterung ihren Abschluß. Die in dieser Besprechung vereinbarten Grundsätze über Außenpolitik, Verfassung, Reichswehr, Kulturfragen, sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden sodann seitens des Herrn Reichskanzlers den Fraktionsführern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayrischen Volkspartei mitgeteilt. Der Herr Reichskanzler richtete an die genannten Fraktionen das Ersuchen, sich nunmehr namentlich auf Grund der geschaffenen Grundlage an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Da während der weiteren Nachmittagsstunden sich die Fraktionen mit der Beratung der oben bezeichneten Grundsätze befaßten, mußten die weiteren Verhandlungen, namentlich über die Personalfrage, auf morgen vormittag verschoben werden.

*

Die Deutsche Volkspartei hat nach kurzer Debatte den Richtlinien zugestimmt. Die Richtlinien werden erst veröffentlicht werden, wenn alle in Frage kommenden Fraktionen sich mit der Veröffentlichung einverstanden erklärt haben.

Die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung beschäftigte sich in ihrer Abendsitzung mit den Richtlinien des Reichskanzlers. Die Fraktion behielt sich ihre endgültige Stellungnahme zu der neuen Regierung vor, bis die Personalzusammensetzung des Kabinetts feststeht. Eine Beteiligung an der Regierung selbst kommt, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, für die Wirtschaftliche Vereinigung nicht in Frage.

Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch abend eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers, führte die Beratungen aber noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf Donnerstag vormittag. Der Fraktionsvorsitzende Koch wurde jedoch beauftragt, bereits am Donnerstag vormittag dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die schulpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. Dem Kanzler soll weiter mitgeteilt werden, daß die Demokraten Sicherung einer exportfördernden Handelspolitik, sowie energische Förderung der Siedlungfungspolitik durch das Reich verlangen.

Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist man bei den Parteien, deren Beteiligung an der neuen Koalition feststeht, der Auffassung, daß die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Regierungsbildung nunmehr bei der demokratischen Fraktion liegt, die sich auf Grund der Richtlinien über ihre Beteiligung schlüssig werden muß. Von unterrichteter volksparteilicher Seite wird erklärt, daß die Deutsche Volkspartei entschieden darauf besteht, die Demokraten zu dieser Koalition einzubeziehen. Dr. Scholz hat noch in der interfraktionellen Besprechung von heute mittag darauf hingewiesen, daß die Einbeziehung dieser Partei auch im Auftrage des Reichspräsidenten enthalten ist, daß auch die Sicherung der Mehrheit im Reichstag, die mit 248 Stimmen die Hälfte aller Abgeordneten nur um eine Stimme übersteigt, eine solche Verbreiterung der Koalitionsbasis wünschenswert mache. Die Deutschnationalen haben sich hiermit einverstanden erklärt. Wie in parlamentarischen Kreisen im übrigen erzählt wird, enthalten die Richtlinien keineswegs alle Punkte, die in der Regierungserklärung behandelt werden dürften, sondern nur die strittigen fünf Materien, über die zum Teil durch protokollarische Interpretationen eine leichte Einigung erzielt worden sei. So wird z. B. in den Richtlinien nichts über die Steuer- und Mittelstandspolitik der neuen Regierung gesagt. Hierüber seien vielmehr bereits vorher Vereinbarungen herbeigeführt worden. Es liege im Rahmen dieser Verständigung, daß dem Mittelstand durch eine Aenderung und starke Auseinanderziehung der Staffelung in den Steuersätzen eine wirksame Hilfe geleistet werden soll. Die größte Schwierigkeit bei der Behandlung der Richtlinien lag, wie man im Reichstag weiter hört, in der Frage, ob die Anerkennung der Locarnoverträge durch die Deutschnationalen sich nur auf die völkerrechtliche Seite bezog, oder ob die Deutschnationalen nunmehr auch den Standpunkt einnehmen, daß das entsprechende Gesetz, das, wie erinnerlich, keine Zweidrittel-Mehrheit auf sich vereinigen konnte, staatspolitische Rechtmäßigkeit besitze. In den Besprechungen ist es schließlich gelungen, Klarheit darüber zu schaffen, daß auch diese Rechtmäßigkeit von den Deutschnationalen anerkannt wird, und zwar ist sie durch eine Interpretation festgelegt worden. Die weitere Entwicklung ist so beabsichtigt, daß die beteiligten Fraktionen dem Kanzler offiziell ihr Einverständnis mit den Richtlinien mitteilen lassen.

Erklärungen Stresemanns.

b **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) Wie die Abendblätter melden, gewährte Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Berliner Vertreter der „Times" ein Interview, in dem er sich eingehend mit der gegenwärtigen Regierungskrise befaßte. Er betonte, daß die Regierungskrise ausschließlich um Fragen der inneren Politik ginge, während auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die von ihm geführte und vom Reichspräsidenten Hindenburg gebilligte Politik sichergestellt sei. Daher könne kein Vernünftiger annehmen, daß jetzt, wo die inneren Widerstände gegen die von ihm geführte Außenpolitik so sehr zusammengeschrumpft seien, er sich nun von dem klar gezeichneten Wege abdrängen lasse. Das gleiche gelte für den Reichskanzler Marx. Wenn jetzt die deutschnationale Partei die Opposition aufgebe, und wenn dies wie unzweifelhaft feststehe, unter Beibehaltung des bisherigen Kurses der Außenpolitik geschehe, so bedeute dies in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 ein bedeutsamer Wandel vollzogen habe. Dies sei ein Beweis dafür, daß auch in den Kreisen, die hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarnopolitik lebendig geworden sei, und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit, auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen könne. Man solle die Schwierigkeiten, die sich der Locarnopolitik entgegenstellten, nicht noch künstlich vermehren.

Noch keine Entscheidung der deutschnationalen Fraktion.

tu **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit: „Die Fraktion ist in die Beratung des Entwurfs von Formulierungen eingetreten, die eine Grundlage für einzelne Punkte der künftigen Regierungserklärung bilden sollen, und als solche Grundlage naturgemäß der näheren Erläuterung und Vervollständigung bedürfen. Eine Beschlußfassung wird erst erfolgen, wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung bis zum endgültigen Abschluß gefördert sind und bis eine Zustimmung der Parteiführer zu den Richtlinien erfolgt ist."

*

Amtlich wird mitgeteilt: Die beabsichtigte amtliche Bekanntgabe der in den heutigen Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers mit den Parteiführern festgestellten Vorschläge, über Richtlinien einer künftigen Regierungspolitik, die übrigens nicht alle für ein Regierungsprogramm in Betracht kommenden Fragen umfaßt, konnte noch nicht erfolgen, weil noch nicht sämtliche in Betracht kommenden Fraktionen ihre Zustimmung zu den Erklärungen der Parteiführer gegeben haben. Alle über den Inhalt der Vereinbarungen erfolgenden Veröffentlichungen, können nicht als authentisch angesehen werden. (Die Deutschnationale Partei hat, wie wir hören, den Kanzler ersucht, die Richtlinien noch nicht zu veröffentlichen. Darauf ist wohl diese amtliche Auslassung zurückzuführen. Inzwischen waren die Richtlinien aber bereits in der „Voss. Ztg." erschienen. D. R.)

Der Beginn der Personalbesprechungen.

w **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Reichskanzler Dr. Marx für morgen vormittag die deutschnationalen Unterhändler Graf Westarp und Treviranus, zu sich gebeten, um damit die Besprechungen über die personelle Zusammensetzung des Kabinetts zu beginnen.

Regierungserklärung erst am 1. oder 3. Februar.

tu **Berlin**, 26. Jan. Der Ältestenrat des Reichstages beschloß heute, am Donnerstag noch eine kurze Sitzung abzuhalten, um die Fraktionen bis zur endgültigen Bildung der Regierung zusammenzuhalten. Dann soll in den Verhandlungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten, deren Dauer noch nicht bestimmt ist. Jedenfalls bleiben der Freitag und der Sonnabend wegen der Thüringer Wahlen noch sitzungsfrei. Die Regierungserklärung wird entweder am Dienstag, den 1. Februar oder am Donnerstag, den 3. Februar abgegeben werden.

Einberufung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei.

S **Berlin**, 26. Jan. (Drahtb. unserer Berliner Schriftleitung.) Zum 6. Februar ist der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei zu einer Tagung nach Berlin einberufen worden, um zu der allgemeinen politischen Lage und zu der Politik des Zentrums in den letzten Wochen Stellung zu nehmen.

Deutsche Volkspartei und Zentrum.

+ **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, schreibt: „Die Zentrumsfraktion des Reichstages veröffentlichte eine Erklärung, in der sie sich gegen Darlegungen volksparteilicher Blätter über Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Zentrum wendet und sie als tendenziös zurückweist. Wir verstehen nicht, was die Reichstagsfraktion des Zentrums veranlaßt, in dieser Form gegen Auslassungen der Presse zu polemisieren. Wenn die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich in derselben Weise gegen die Meldungen der Zentrumspresse wenden wollte, würde sie mehr als einmal dazu Veranlassung gehabt haben. Wir nehmen von der Erklärung der Zentrumsfraktion Akt und werden es der zukünftigen Entwicklung überlassen, klarzustellen, ob kulturpolitische Aktionen derart erfolgen, wie sie in einem großen Teile der Presse, nicht etwa nur der Deutschen Volkspartei, als möglich hingestellt wurden. Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu den kulturpolitischen Fragen ist gegeben. Sie wird die Wahrung der Rechte des Staates und der Schule mit der Wahrung der Elternrechte zu verbinden wissen. Eine Polemik über diese Frage scheint uns in der gegenwärtigen politischen Situation ebenso wenig angebracht, wie die Erörterung der Art und Weise der Regierungsbildung. Die Deutsche Volkspartei hat hier jedenfalls eine gradlinige Politik geführt, die sie jederzeit vor dem Lande vertreten wird."

*

Wenn die Nationalliberale Korrespodenz nicht merkt, was die Reichstagsfraktion des Zentrums veranlaßt hat, in dieser Form gegen Auslassungen der volksparteilichen Presse zu polemisieren, so möchten wir darauf hinweisen, daß doch die volksparteiliche Presse eine Hetze gegen das Zentrum betrieb und Verdächtigungen gegen das Zentrum aussprach — und zwar plötzlich wie auf Kommando —, daß man mit Recht von Seiten des Zentrums annehmen mußte, daß dieses nicht von ungefähr geschah, sondern auf höhere Weisung aus volksparteilichen Kreisen.

Deutscher Reichstag.

tu **Berlin** 26. Jan. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. **Ein kommunistischer Antrag**, die Grundschulvorlage von der Tagesordnung abzusetzen, wird abgelehnt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. **Frau Schröder** (Soz.) bringt die in zweiter Lesung abgelehnten Anträge ihrer Partei wiederum vor. Sie stellt fest, daß ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion dem im Gesetz ausgesprochenen Zwange skeptisch gegenüberstehe. Die Behandlung der Minderbemittelten aus öffentlichen Mitteln müsse sichergestellt werden. Notwendig sei eine Liste derjenigen Krankheiten, die unter das Gesetz fallen.

Abg. **Rädel** (Komm.) erklärt, auf die Spaltung der Sozialdemokraten sei es zurückzuführen, daß das Gesetz in der zweiten Lesung noch schlechter geworden sei, als es aus dem Ausschuß kam. In dieser Fassung würden die Kommunisten die Vorlage ablehnen.

Abg. **Petzold** (W. Vgg.) macht die Zustimmung seiner Partei von der Wiederherstellung des Ausschußbeschlusses zum Kurpfuscher-Paragraphen, also Beschränkung des Ärztemonopols auf ansteckende Geschlechtskrankheiten abhängig.

Abg. **Landsberg** (Soz.) beantragt, daß der Strafantrag gegen denjenigen, der die Ehe eingeht, obwohl er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet, wieder zurückgenommen werden kann.

Damit schließt die Aussprache.

Der sozialdemokratische Antrag auf Anordnung der unentgeltlichen Behandlung für Minderbemittelte, wird mit 164 gegen 146 Stimmen angenommen. Dafür stimmen außer den Antragstellern auch die Kommunisten, die Völkischen und die Wirtschaftliche Vereinigung. Auch der Antrag Landsberg findet Annahme.

Der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung einer Liste über die den Kurpfuschern entzogenen Krankheiten, wird mit 176 gegen 125 Stimmen abgelehnt und § 7 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Auch der Rest der Vorlage wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Vor der Schlußabstimmung gibt

Abg. **Dr. Moses** (Soz.) eine Erklärung ab, wonach ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion dem Gesetz nicht zustimmen werde. Maßgebend dafür sei die Ablehnung der völligen Unentgeltlichkeit der Behandlung, und ein über den Rahmen der Geschlechtskrankheiten hinausgehender Zwang. Die gesamte Fraktion sei sich aber einig darin, daß wenn das Gesetz angenommen werde, sie nicht ruhen werde, um die sich daraus ergebenden Mängel oder unnötigen Härten so schnell wie möglich abzustellen.

Die Vorlage wird darauf in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen der Völkischen, der Kommunisten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und gegen Minderheiten, aus allen übrigen Fraktionen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der

Novelle zum Grundschulgesetz.

Der Ausschuß beantragt, daß da, wo eine baldige Auflösung der privaten Vorschulen oder ein baldiger Abbau erhebliche wirtschaftliche Härten für die Lehrkräfte oder die Unterhaltsträger mit sich bringen würde, die völlige Auflösung aufgeschoben werde. Die Schülerzahl soll aber dann den bisherigen Umfang nicht übersteigen. Wenn sich Härten ergeben, soll aus öffentlichen Mitteln eine Entschädigung gewährt werden.

Ein kommunistischer Antrag, den Reichskanzler herbeizurufen, damit er zu dem Gesetz Stellung nehme, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. **Löwenstein** (Soz.) bezeichnet den Ausschußantrag als ein typisches Produkt des schwarz-blauen Bürgerblocks, das obendrein der Reichsverfassung widerspreche. Der Entwurf verschleiere nur unvollkommen die Absicht, die Privatschulen als die monarchistischen Gesinnungsschulen zu erhalten.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Aus aller Welt.

Berliner Reise des Gesandten Olshausen.

b **Belgrad**, 25. Jan. Der Belgrader deutsche Gesandte Dr. Olshausen reist am Freitag zwecks Berichterstattung nach Berlin ab. Die dem Belgrader Außenamt nahestehende „Wreme" erfährt, die Reise Olshausens diene der Detailberichterstattung über den heutigen Stand der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Südslawien und Deutschland. Der Gesandte nahm die Gelegenheit wahr, der „Wrema" gegenüber einige wichtige Fragen zu erörtern. Die Vergebung des Baues der Pantschewo-Brücke an deutsche Fabriken beweise erneut das Vertrauen des Auslandes an die deutsche Industrie. Politisch sei das ein sichtbares Zeichen, wie weit die guten Beziehungen der beiden Staaten bereits gediehen sind. Der Gesandte Olshausen wird in eingeweihten Kreisen als Vermittler der Freundschaft zwischen Südslawien und Deutschland betrachtet.

Dr. Spina über die Aufgaben der Deutschen in der Tschechoslowakei.

w **Reichenberg**, 24. Jan. Auf dem Kreisparteitag des Bundes der Landwirte erklärte Arbeitsminister Dr. Spina: Die bittere Wirtschaftsnot hat die deutschen und die tschechischen bürgerlichen Parteien in Wirtschaftsfragen zusammengeführt. Ein Schutz unseres Volkes und eine Besserung der Lage unseres Volkes in diesem Staate ist nur durch aktive Mitarbeit am Staat zu erreichen. Der Eintritt der Deutschen in die Regierung soll aber auch die Grundlage sein, für einen endgültigen Ausgleich zwischen beiden Völkern. Wir Deutschen geben dem Staate und dem tschechischen Volke, was den beiden gebührt, und wir verlangen nur unser Recht, aber unser ganzes Recht. Wir müssen gleichzeitig unsere tschechischen Landsleute aus dem tschechischen Negativismus herausführen und das kann nur geschehen durch Zusammenarbeit der Deutschen mit den tschechischen Positivisten.

Der tschechoslowakische Fliegerverband hob die Bestimmung auf, die den tschechoslowakischen Fliegern die Mitgliedschaft im Verband Deutscher Flieger untersagt, da der Verband Deutscher Flieger seinerseits seinen Angehörigen die Mitgliedschaft in ausländischen Fliegerverbänden gestattet hat.

Auch Torre ausgewiesen.

‡ **Paris**, 26. Jan. **(Tel.)** Im Zusammenhang mit der Affäre des italienischen Provokateurs Canovi wurde nunmehr auch der Führer der italienischen Faszisten, Torre, ausgewiesen.

Das größte englische U-Boot.

tu **London**, 25. Jan. **(Tel.)** Das Unterseeboot „Ix" das größte U-Boot der Welt, ist gestern von Portsmouth nach dem Mittelmeer abgefahren, um sich der Atlantik-Flotte in Gibraltar anzuschließen. Das U-Boot ist 350 Fuß lang und besitzt eine Wasserverdrängung von 2525 Tonnen auf der Wasseroberfläche, und eine solche von 2780 Tonnen unter Wasser.

Kurze Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages fanden Anträge Annahme, der Stadt Hannover, für die zur Vorbeugung einer Wiederholung einer gleichen Katastrophe, wie der Typhusepidemie, unumgänglich und sofort notwendig erscheinenden hygienischen und sanitären Maßnahmen einen Zuschuß von insgesamt 3 Millionen RM. zu gewähren.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft und nahm Anträge auf sofortige Aufhebung der betreffenden Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers an.

Oberpräsident Noske hat eine Reise nach Westindien angetreten.

Aus der Stadt.

Münster, 27. Januar.

◎ **Ernennung von Handelsrichtern.** Durch Erlaß des Herrn Justizministers sind die Handelsgerichtsräte Waltermann, Revermann und Guthmann und die Handelsrichter Beckmann, Windhoff und Hauß auf weitere drei Jahre in ihren Ämtern belassen. — Der bisherige Handelsrichter Täupker ist zum Handelsgerichtsrat, die Kaufleute Schlichter und Bueren sind zu Handelsrichtern ernannt worden.

Die Übertragung einzelner richterlicher Geschäfte an Referendare.

Der Preußische Justizminister hat gemäß Artikel 40 Abs. 4 der Verfassung dem Staatsrat den Entwurf einer Allgemeinen Verfügung, betreffend die Übertragung einzelner richterlicher Geschäfte an Referendare zum Zwecke der gutachtlichen Äußerung überwiesen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst dem Entwurf entnimmt, soll auf Grund § 2 Abs. 2 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz bestimmt werden, daß die Überwachung von Unterredungen eines Verhafteten mit seinem Verteidiger Referendaren durch den Amtsrichter nicht übertragen werden soll. — Der Entwurf entspricht einer Entschließung, die der Reichstag bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 27. Oktober 1926 gefaßt hat.

Die neue Polizeiverordnung über den allgemeinen Verkehr auf öffentlichen Wegen

Wichtig für Fuhrwerkshalter! — Ausschneiden!

Bekanntlich ist am 15. Dezember v. J. eine neue vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen über den allgemeinen Verkehr auf öffentlichen Wegen erlassene Polizeiverordnung in Kraft getreten. Zur Erläuterung dieser Straßenverkehrsordnung soll in folgendem auf die wichtigsten Neuerungen gegenüber den früheren Bestimmungen hingewiesen werden.

Allgemein sei bemerkt, daß die Verkehrsordnung sich auf den Fuhrwerk-, Radfahr-, Reit- und Fußverkehr, nicht dagegen auf den Automobilverkehr bezieht. Die hierfür geltenden Bestimmungen werden demnächst durch Reichsverordnung der Verkehrsverordnung entsprechend ergänzt und geändert werden. Die Verkehrsordnung ist einheitlich für das ganze Reich durch übereinstimmende landesrechtliche Vorschriften, in Preußen durch Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten in Kraft gesetzt worden.

Zu den einzelnen Paragraphen sei auf folgendes hingewiesen:

1. In Abweichung von dem bisherigen Recht ist der Begriff der Dunkelheit, der für den Beleuchtungszweck der Fuhrwerke usw. von Bedeutung ist, dahin geregelt, daß in den Monaten Oktober bis einschließlich März als Dunkelheit die Zeit von einer halben Stunde nach Sonnenuntergang bis eine halbe Stunde vor Sonnenaufgang gilt, während bisher für das ganze Jahr jeweils eine ganze Stunde vorgeschrieben war.

2. Für Fuhrwerke wird die an sich selbstverständliche, aber bisher nirgends ausdrücklich vorgeschriebene Forderung der Verkehrssicherheit aufgestellt und hierzu erläuternd bemerkt, daß die Verkehrssicherheit in welligem Gelände die Anbringung einer Bremsvorrichtung erfordere.

3. Für alle bespannten Lastfuhrwerke neben Wohn- und sonstigen dem Gewerbebetrieb im Umherziehen dienenden Wagen wird die Anbringung einer unverwischbaren Aufschrift, die Vor- und Zunamen sowie Wohnort des Fuhrwerksbesitzers angibt, verlangt. Eine Befreiung für land- und forstwirtschaftliche Arbeitsfuhrwerke innerhalb des Gemeindebezirks des Wohnorts usw. ist nicht mehr vorgesehen.

4. Für den Wagenführer ist ein Mindestalter von 14 Jahren, in Städten über 30 000 Einwohner ein solches von 16 Jahren vorgeschrieben. Ueberdies werden die Regierungspräsidenten ermächtigt, auch für andere Teile ihres Bezirkes ein Mindestalter von 16 Jahren vorzuschreiben. Für Wirtschaftsfuhren, deren Begriff in Ziffer 3 des § 1 geregelt ist, gelten die Vorschriften des § 3 nicht.

5. In § 7 Ziffer 3 wird ausdrücklich verboten, abschüssige Wegestrecken auf Handwagen oder Handkarren hinabzuschieben.

6. Der § 10 bringt die sehr wichtige Bestimmung, daß grundsätzlich stets die rechte Wegeseite von allen Fahrzeugen innezuhalten ist und die linke Seite nur beim Ueberholen oder Anhalten an links liegenden Grundstücken benutzt werden darf.

7. Es ist nunmehr allgemein vorgeschrieben, daß Schienenfahrzeuge stets rechts zu überholen sind, sofern der Abstand zwischen Schienenstrang und rechtem Wegerande solches gestattet. Ferner ist bestimmt worden, daß an einer Haltestelle haltende Schienenfahrzeuge auf der Seite, auf der die Fahrgäste ein- und aussteigen, nur in Schrittgeschwindigkeit und nur in solchem seitlichem Abstande überholt werden dürfen, daß Fahrgäste nicht gefährdet werden.

8. Der Wagenführer ist verpflichtet, durch bestimmt vorgeschriebene Zeichen seine Absicht zum Stillhalten, Umwenden usw. andern Personen gegenüber zu erkennen zu geben.

9. Der § 16 regelt in ähnlicher Weise die Zeichen, die Polizeibeamte für „Freifahrt", „Achtung Halten" und „Halt" durch Armbewegung oder Luftsignale zu geben haben.

10. In § 17 Ziffer 1 wird vorgeschrieben, daß zum Stillstande gelangende Fuhrwerke nur so aufgestellt werden dürfen, daß dadurch der Verkehr nicht behindert wird, so daß insbesondere die Aufstellung an engen Stellen, Wegekreuzungen und scharfen Wegekrümmungen sowie an Haltestellen der Straßenbahnen und Kraftomnibusse verboten ist. Nach Ziffer 2 daselbst hat das Absträngen von Zugtieren nur auf der Deichseiseite zu erfolgen.

11. Der § 18 Ziffer 3 spricht ein Verbot aus zur Anbringung von Tafeln aller Art, die zu Verwechselungen mit den von der Polizeibehörde angebrachten Tafeln Anlaß geben können.

12. Der § 21 bestimmt, daß auf einspurigem Fahrrade nur Kinder unter 6 Jahren und auch diese nur bei Vorhandensein einer geeigneten Sitzgelegenheit mitgenommen werden dürfen.

13. § 29 Ziffer 1 verbietet die Benutzung von besonderen Reit- und Radfahrwegen, die nicht ausdrücklich durch die Polizeibehörde für den Fußgängerverkehr freigegeben sind. Ziffer 3 daselbst schreibt vor, daß die Straßenbahn auf dem Fußweg oder der etwa vorhandenen Schutzinsel abgewartet werden darf.

Aus den Provinzen.

⊡ **Ameisbüren**, 26. Jan. (Diebe) versuchten in vergangener Nacht in der Wirtschaft Wiedau einzubrechen. Durch das Geräusch beim Herausnehmen einer Scheibe erwachten die Hausbewohner und verscheuchten die nicht ortsfremden Diebe. An anderer Stelle hatten dieselben Diebe mehr Glück und erbeuteten u. a. einen Schinken.

w **Coesfeld**, 26. Jan. (Wegen Sittlichkeitsverbrechens) wurde der 72jährige Invalide Karl L. vom Schöffengericht Münster zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

⚓ **Lorup**, 25. Jan. (2600 Mark Postgelder geraubt) sind auf der hiesigen Postagentur. Da Einbruchsspuren nicht gefunden werden konnten, ist der Diebstahl nicht anders zu erklären, als daß der Dieb sich nachts hat einschließen lassen.

Vermischtes.

* tu **Nachspiel zur Müggelsee-Tragödie.** Berlin, 26. Jan. Die älteste Schwester der beiden durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Schwestern Weber hat bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Vater wegen schwerer Körperverletzung und Beleidigung erstattet. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß die Familie Weber bei dem Vater ein Martyrium erlitten habe und daß die Lebensmüdigkeit der Geschwister Weber auf die schlechte Behandlung durch den Vater zurückzuführen sei.

* tu **Raubüberfall auf einen Hamburger Zigarrenhändler.** Hamburg, 26. Jan. Der alte Zigarrenhändler Haase wurde gestern in seinem Geschäft in der Rosenstraße von zwei Männern überfallen, gefesselt und gewürgt. Aus der Ladenkasse wurden ihm 450 Mark geraubt. Die Täter sind entkommen.

* tu **Dreifacher Mord und Selbstmord.** Beren, 26. Jan. Heute nachmittag wurden in der Wohnung eines Büroangestellten dessen 84 Jahre alte Mutter und beide Schwestern in ihren Betten tot aufgefunden. Der Tod der drei Frauen wird auf Gasvergiftung zurückgeführt, die der Büroangestellte, der sich selbst erhängt hat, herbeigeführt hat.

* tu **Zwanzig Arbeiter in Schneemassen umgekommen.** Riga, 26. Jan. Wie die Leningrader „Prawda" aus Nowosibirsk meldet, wurde dort, ein zu einem Bergwerk gehörendes Arbeiterwohnhaus durch herabstürzende Schneemassen zerstört, wobei zwanzig Arbeiter den Tod fanden.

Vereine und Veranstaltungen.

Münster, 27. Januar.

Walter-Flex-Abend. Der Hochschulring deutscher Art veranstaltet am Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr in der Aula des Städt. Gymnasiums, Syndikatplatz, einen „Walter-Flex-Abend". Dem Rezitator, Oberspielleiter Basil vom Nationaltheater in München, geht ein ausgezeichneter Ruf voraus. Der Reinertrag ist im Interesse der Stärkung des Auslandsdeutschtums für das „Flex-Gymnasium" auf Ösel bestimmt.

Stadtverordnetensitzung.

sk. **Münster**, 26. Januar.

Anwesend vom Kollegium 38 Mitglieder, vom Magistrat Oberbürgermeister Dr. Sperlich, Bürgermeister Schlanstein und Stadtbaurat Schremmer.

Stadtverordneten-Vorsteher **Humperdinck** eröffnet um 6,10 Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten, die als ersten Punkt aufweist:

Nachbewilligung der entstandenen Mehrkosten für die Beschaffung eines dritten Heizungskessels für die Baugewerkschule.

Der im Haushaltsplan für 1925 für Beschaffung eines Reservekessels für die Baugewerkschule bewilligte Posten von 3000 Mark ist um 2500 Mark überschritten worden. Die Gründe für die Überschreitung sind nach dem Bericht des Heizungs- und Maschinenamts folgende: 1. Die Veranschlagung geschah im Winter 1924/25. Die seitdem eingetretenen Lohn- und Preissteigerungen waren daher nicht berücksichtigt. 2. Ein richtiger Kostenanschlag auf zeichnerischer Unterlage konnte nicht ausgearbeitet werden, weil Zeit und Arbeitskräfte dazu nicht verfügbar waren. Die Kosten mußten deshalb geschätzt werden. 3. Die beiden alten Kessel hatten nur ein gemeinsames Sicherheits-Standrohr. Die Rohrverbindungen wurden so geändert, daß jeder Kessel sein eigenes Sicherheitsrohr erhielt, wodurch der Umfang der Arbeit über das Vorgesehene hinausging und erhebliche Mehrkosten entstanden. Der Magistrat bittet, um die entstandenen Mehrkosten von 2500 Mark, die zum Teil vorläufig als Vorschuß bezahlt sind, decken zu können, 2500 Mark als „Einmalige Ausgabe zur Beschaffung des dritten Heizkessels für die Baugewerkschule, zweite Rate" nachbewilligen zu wollen.

Stadtv. **Holzwolgt** (WP.) begründet kurz die Vorlage und empfiehlt namens der Rechnungskommission Annahme, die ohne Aussprache erfolgt.

Steuerumlagebeschluß für das Rechnungsjahr 1926.

Der Versammlung liegt eine Abschrift des Beschlusses des Bezirksausschusses vom 26. Oktober 1926 betr. Steuer-Umlagebeschluß der städtischen Körperschaften für das Rechnungsjahr 1926 vor. Die beim Provinzialrat der Provinz Westfalen gegen diesen Beschluß frist- und formgerecht eingelegte Beschwerde ist ohne Erfolg geblieben. In dem Beschluß des Bezirksausschusses heißt es: Es wird abweichend von den Beschlüssen des Magistrats vom 3. Mai und der Stadtverordnetenversammlung vom 5. und 6. Mai d. Js. genehmigt, daß für das Rechnungsjahr 1926 folgende Zuschläge zu den Reallsteuern in der Stadt Münster erhoben werden: a) 150 Prozent Zuschläge zu der staatlichen Grundvermögensteuer, b) 400 Prozent Zuschläge zu den Steuergrundbeträgen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrage, c) 1200 Prozent Zuschläge zu den Steuergrundbeträgen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital, d) 20 Prozent erhöhte Zuschläge zu der Gewerbesteuer von den Filialbetrieben und dem Schankgewerbe.

Nachdem der Beschluß durch Kenntnisnahme für erledigt erachtet wird, entwickelt sich eine

Aussprache über die Nachträge zur Gewerbesteuer.

Stadtv. **Pape** (Ztr.): Es wird allen wohl bekannt sein, daß Nachträge zur Gewerbesteuer aus den Jahren 1925 und 1926 nacherhoben werden. Die großen Summen, die nachgefordert werden, sind bei dem heutigen Stande der Wirtschaft und speziell des Mittelstandes untragbar und gar nicht zu zahlen. Namens meiner Fraktion möchte ich den Magistrat ersuchen, alle möglichen Erleichterungen eintreten zu lassen. Wer die Verhältnisse des Mittelstandes kennt, weiß, daß er nicht mehr in der Lage ist, die Steuerlasten zu tragen. Es ist notwendig, daß der neue Bürgermeister und demnächstige Finanzdezernent jede Ausgabe, die nicht unbedingt und dringend notwendig ist, zurückstellt, damit der Steuerdruck gemildert wird.

Oberbürgermeister **Dr. Sperlich**: Die Steuerforderungen sind in den letzten Tagen in dreifach verschiedener Form an die Steuerpflichtigen gekommen: zweimal vom Staat und Reich und einmal von der Stadt. Eine erhebliche Unruhe ist unter den Steuerpflichtigen der Stadt eingetreten. Wir haben uns infolgedessen in einem kleineren Kreise mit Vertretern der betreffenden Organisationen und dem neuen Finanzdezernenten Bürgermeister Schlanstein sowie den Dienststellenvorstehern in Verbindung gesetzt, um zu sehen, welche Milderung sich schaffen läßt. Vorausschicken möchte ich hierbei, daß die Schaffung einer Milderung für uns als Stadt außerordentlich schwer ist, weil die gesetzlichen Bestimmungen, die der Reichstag seinerzeit in Berlin beschlossen hat, uns weitestgehend hindern. Daher ist es außerordentlich schwierig, heute schon mit Sicherheit das Maß anzugeben, wie weit geholfen werden kann. Wir sind heute morgen in ganz unverbindlichen Verhandlungen zusammengetreten. Die Entscheidung über das Ergebnis liegt weder bei mir, noch bei dem Gremium, sondern voll und ganz bei beiden städtischen Körperschaften. Es ist beabsichtigt, den städtischen Körperschaften vorzutragen, eine Senkung der Steuerlasten aus 1925 vorzunehmen. Über die Höhe der Senkung kann erst nach der endgültigen Veranlagung nach dem Kapitalertrag Beschluß gefaßt werden. Wir hoffen, daß das Ende März möglich sein wird. Unter Berücksichtigung dieses Vorhabens soll in Vorschlag gebracht werden, den für das Steuerjahr 1925 fälligen Betrag bis auf weiteres zu stunden. Die Steuerbeträge für 1926, die gefordert worden sind, müssen zunächst entsprechend den Verfallterminen gezahlt werden. Ich würde gern in Aussicht stellen, ein weiteres Entgegenkommen vorzuschlagen, aber uns sind in weitgehendem Maße die Hände gebunden und besonders dadurch gebunden, daß wir zwangsläufig für 1926 mit einer nicht unerheblichen Etatsüberschreitung zu rechnen haben. Im Wohlfahrtsetat ist eine Überschreitung von über 300 000 Mark auf Grund der neuen Bestimmungen von Berlin zu verzeichnen. Die Zuschüsse für Weihnachten haben an die 200 000 Mark betragen. Diese Kosten müssen irgendwoher aufgebracht werden. Auch die Beschlüsse des Bezirksausschusses und der Regierung hindern uns sehr. Die ganze Bürgerschaft mag aber überzeugt sein, daß wir als Stadt Münster alles

Der Feind aus dem Dunkel.

25)

Kriminalroman von Annie Hruschka.

„Sprich nicht so, Papa! Nie kann ein Vater sein Kind verlieren, nie ein Kind vergessen, daß das Herz des Vaters das erste und treueste war, das ihm im Leben schlug! Sieh, was jetzt zwischen uns steht wie eine Mauer, ist ja nur, daß du mich nicht verstehen willst . . ., oder vielleicht nicht kannst. Daß du mir ein Glück aufnötigen willst, das mir keines ist, und zum Widersacher wirst, wo es sich um mein wahres, heißersehntes Glück handelt! Glaubst du, ich leide nicht auch schwer unter diesem Zwiespalt? Glaubst du, es sei leicht, um sein Glück kämpfen zu müssen gegen einen geliebten Vater? Glaubst du nicht, daß ich gerade jetzt diese schweren Tage tausendmal leichter tragen würde, wenn du an meiner Seite stehen würdest, mit mir fühlend, mit mir leidend, mit mir hoffend?! Wenn ich mir sagen könnte: Sobald Hartwigs Unschuld erwiesen ist, wartet das Glück auf mich, das wahre, volle Glück: zwischen den zwei Menschen leben zu dürfen, die mir die liebsten, teuersten auf Erden sind! So aber — wie dunkel liegt die Zukunft vor mir! Hartwigs Freiheit kann mir nur ein halbes Glück bringen, solange es erkauft werden muß mit Kampf, Qual und Herzweh, solange der Kampf zwischen Glück und Pflicht mir die Seele zerreißt! Es ist so hart und bitter, all diesem Schrecklichen allein gegenüberzustehen, sich jeden Tag sagen zu müssen: Wie lange wirst du es tragen können . . .!?"

Sie vermochte nicht weiter zu sprechen, denn Tränen erstickten ihre Stimme. Es war das erstemal, daß sie in dieser Weise die Not ihres Herzens vor dem Vater enthüllte, und der Oberst fühlte sich tief erschüttert.

Denn er spürte es aus jedem Wort, wie sehr Serena ihn liebte und wie furchtbar sie litt unter der Erkenntnis, daß er sich gegen ihr Frauenglück, das Hartwig Henter hieß, stellte.

Und zum erstenmal tauchte ein Gedanke in ihm auf, den er bisher nie in Betracht gezogen: Kann ein Mann, der von einem so edlen, reinen, hochstehenden Wesen wie Serena so unerschütterlich und hingebend geliebt wird, — ein schlechter Mensch sein?!

War es wahre Vaterliebe, ein geliebtes Kind in Seelennot und Verzweiflung zu stürzen, nur weil man seine Gefühle für einen andern nicht begreift?

Müßte man nicht eher zu verstehen suchen? . . .

Während diese Gedanken seinen Kopf durchzogen, strich seine Hand zärtlich immer wieder über Serenas Haar und die tränennassen Wangen.

„Du sprichst, als wäre ich dein Feind," sagte er endlich sanft. „Das sollst du nicht denken, mein armes Kind! Sondern immer nur: Er ist mein bester, treuester Freund, der mich verstehen will, auch wenn er nicht immer gleich den richtigen Weg dazu findet! Willst du das immer in dir festhalten, Serena?" — „Ja, Papa."

XX.

Silas Hempel war an diesem Tage vom einem zum anderen gelaufen, um Näheres über die gegenwärtigen Bewohner der Villa Lotos zu erfahren.

Die Sache mit Alwingens stimmte. Sie waren ordnungsgemäß mit dem Reiseziel Paris abgemeldet und hatten E. Ende September verlassen. Silas sprach mit ein paar Leuten, die Alwingens kannten und auch wußten, daß sie ihre hiesige Villa an Ausländer vermietet hatten, ehe sie zu Verwandten nach Frankreich gingen.

Sie hatten die Dienerschaft entlassen, den Hauswart und seine Frau aber, die schon lange in ihren Diensten standen, als Aufsicht in der Villa belassen wollen. Indes ließ sich dies nicht machen, denn der Amerikaner, der bereit war, den ziemlich hohen Mietzins zu bezahlen, erklärte, er miete die Villa nur dann, wenn sie vollständig leerstehe, d. h. niemand mehr darin wohne.

Auf diesem Punkt beharrte er. Erstens miete er die Villa nur, um bei völlig ungestörter Ruhe seinen Studien obliegen zu können, zweitens sei seine Mutter leidend und bedürfe gleichfalls absoluter Ruhe, und endlich fürchte er, falls der Hauswart und seine Frau dort wohnen blieben, Streitigkeiten mit seinem eigenen Personal.

So gaben Alwingens nach und quartierten den Hauswart und seine Frau für die Dauer ihrer Abwesenheit bei Verwandten auf dem Lande ein. Dorthin kam auch der Hund Rex, den sie besaßen.

Hempel stellte fest, daß die Villa auf den Namen Frau Aline Foster gemietet worden war. Sie und ihr Sohn waren beim nächsten Gemeindeamt ordnungsmäßig gemeldet ebenso die Negerin Sally Lawrence.

In den der Villa Lotos gegenüber am Waldsaum gelegenen Villen erfuhr Silas, daß die neuen Bewohner äußerst zurückgezogen lebten, nirgends Besuch gemacht hatten und, soviel man bemerken konnte, auch keinerlei Verkehr unterhielten. Die alte Frau Foster hatte noch niemand außerhalb des Hauses gesehen. Manchmal an schönen Tagen sah man sie auf der Glasveranda, die sich an der Seitenfront des Hauses befand, sitzen. Der Sohn ging nur abends aus. Entweder nach dem Wald, der unweit des Hauses begann und sich stundenweit in die Berge hinzog, oder nach der entgegengesetzten Seite, wo längs des Flusses eine Straße lief, die mehrere Ortschaften verband.

Nach der Stadt zu hatte ihn noch nie jemand gehen sehen. Auch schien ihn merkwürdigerweise noch niemand so recht in der Nähe gesehen zu haben, denn die Beschreibungen seiner Person lauteten sehr verschieden. Die einen schilderten ihn als schwarz, glattrasiert und elegant, die andern versicherten, er trage Schnurr- und Backenbart, sei dunkelblond und sehe ziemlich gewöhnlich aus. Einig war man nur darin, daß der „amerikanische Doktor" eher groß als klein sei und immer große, runde, in Schildkrot gefaßte Augengläser trage.

Es gab nur zwei Dienstboten: Sally, die Negerin, und den taubstummen Knecht Jakob, den sich der Doktor direkt aus dem Taubstummeninstitut geholt hatte.

Auch diese beiden verließen das Haus nur selten. Jakob nur ab und zu am Sonntag, um ein paar Stunden in einem der umliegenden Wirtshäuser zu verbringen, Sally nur, wenn sie besondere Dinge, wie Wein, Früchte oder Delikatessen aus der Stadt einzuholen hatte.

Für gewöhnlich wurde alles ins Haus gebracht oder vielmehr meist nur bis an dasselbe. Denn frühmorgens schon sah man die Negerin wartend am Tore stehen, um die Milchfrau, den Bäckerburschen und den Fleischer zu erwarten, die aus der nächsten Ortschaft, Judendorf kamen. Die Milchfrau brachte in ihrem Wägelein dann auch allwöchentlich ein Paket Waren vom Judendorfer Kaufmann. Selten, daß Sally nicht schon wartete, um den Leuten alles gleich vor dem Hause abzunehmen und zu bezahlen. Denn bezahlt wurde immer gleich alles bar und ohne zu feilschen.

Etwas irgendwie Auffallendes oder Verdächtiges hatte man nie bemerkt, außer eben die ungewöhnliche Zurückgezogenheit der Leute. Denn auch Sally sprach nie ein Wort mehr als nötig mit den Lieferanten. Die bekannte Schwatzhaftigkeit ihrer Rasse schien ihr völlig zu fehlen.

In der letzten Zeit hatte man wohl ab und zu gegen Abend eine Dame per Auto kommen und ins Haus gehen sehen, aber man achtete nicht weiter auf sie, weil Sally einmal gegen die Milchfrau erwähnt hatte, daß es eine Landsmännin ihrer Herrin sei, die zuweilen auf ein paar Plauderstunden käme.

Und Sally hatte es nur erwähnt, weil die Milchfrau, als sie einmal mit ihrem Wäglein besonders spät aus der Stadt zurückgekehrt war, die Dame gerade beim Aussteigen gesehen und Sally das am nächsten Morgen erzählt hatte.

Silas Hempel erfuhr all dies an Ort und Stelle in unauffälligem Geplauder mit den Leuten der umliegenden Villen, die er unter der harmlosen Maske eines Hausierers aufsuchte.

In seiner wahren Gestalt, aber unter dem Namen Glasrotter ging er dann am frühen Nachmittag in die Villa Lotos selbst.

Er wollte Dr. Foster durchaus selbst sehen. Als Vorwand gab er an, Dr. Foster doch noch persönlich nach der Villa fragen zu wollen, wo dieser nachts öfter so lange Licht gesehen habe.

Aber er kam gar nicht dazu, diese Absicht Sally, die ihm öffnete, auseinanderzusetzen. Denn sie erklärte sogleich, als er bat, Dr. Foster gemeldet zu werden, daß Mr. Charlie leider verreist sei. Gestern abend habe er ein Telegramm aus Wien erhalten, da durchreisende Landsleute, die in New-York viel mit ihm verkehrten und große Stücke auf ihn hielten, in einer wichtigen Angelegenheit dringend seinen Rat erbaten. So sei er heute früh mit dem ersten Zug nach Wien gereist.

Aus eigenen Stücken fügte sie dann noch in ihrem verworrenen Deutsch hinzu, daß Mr. Charlie „so viel das sein gewest über der Telegramm, weil er haben so wichtige Sachen zu studieren hier, aber es sein doch nix anders gegangen, als zu fahren, wenn so alte Freunde ihn durchaus haben gewollen zu Besprechung!"

Silas hörte scheinbar interessiert zu. Als Sally endlich schwieg, frug er plötzlich: „Wo haben Sie eigentlich deutsch sprechen gelernt, Sally?"

Eine Sekunde lang starrte sie ihn verblüfft an, dann aber antwortete sie zungenfertig: „O, ich haben schon deutsch gelernt in meine Heimat, in St. Louis, wo ich sein gedient bei Deutsche. Dann ich waren doch mit Missis in Wien bei Massa Charlie viel lange Zeit, dort ich haben ganz gelernt der deutsche Sprache."

„Wo haben Sie denn in Wien gewohnt?"

Die Frage kam so rasch, daß Sally keine Zeit zur Ueberlegung blieb und es ihr unwillkürlich entfuhr: „In Schönbrunnerstraß . . ., aber Nummer ich nix mehr wissen," setzte sie dann ärgerlich hinzu.

Silas stellte keine Frage mehr, sondern verabschiedete sich nun mit ein paar nichtssagenden Worten.

(Fortsetzung folgt.)

tun und alles versuchen werden, um den Steuerdruck möglichst zu mildern. Es muß hervorgehoben werden, daß der Steuerdruck von Seiten der Gemeinden im Verhältnis zu dem Steuerdruck aus Reich und Staat sehr viel geringer ist. Was Herr Pape bezüglich der Sparsamkeit gesagt hat, so ist es selbstverständlich, daß wir wie bisher auf möglichste Einschränkung der Ausgaben Bedacht nehmen werden. Aber es sind uns auch hier Grenzen gezogen insofern, als die Sparsamkeitsbestrebungen nicht hemmend auf die Entwicklung der Stadt wirken dürfen. Was notwendig ist, muß gemacht werden. Dabei werden wir an der Vornahme gewisser größerer Arbeiten nicht vorbeikommen, um die Milderung der Arbeitslosigkeit zu fördern. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm darf nicht durchlöchert werden, um an der verkehrten Stelle zu sparen. Nach all dem möchte ich gegenüber den von diesen Steuernachforderungen Betroffenen betonen, daß, soweit es sich um städtische Steuern handelt, alles geschehen wird, was nach dem pflichtmäßigen Ermessen der beiden städtischen Körperschaften sich ermöglichen läßt.

Zur Verpachtung eines Teiles der Rieselfelder.

liegt ein Antrag mehrerer Stadtverordneter vor, in dem es heißt: Der Magistrat wird ersucht, die durch Aufgabe der eigenen Bebauung der Ländereien in den Rieselfeldern seitens des Fuhrparks freiwerdenden Landflächen nicht an die Großpächter Mertens und Messing zu verpachten. Es wird ersucht, diese Flächen aufzuteilen und in Parzellen 1—5 Morgen an kleine Pächter zu vergeben.

Stadtv. Duhme (Soz.) begründet die Vorlage. Von den 140 Morgen, die der städtische Fiurpark freigebe, sollten, wie er gehört habe, je 30 Morgen an die Großpächter Mertens und Messing verpachtet werden. Da sich eine große Zahl von kleinen Pächtern bemühten, Teile zu bekommen, um sie in eigene Bewirtschaftung zu übernehmen, so möge man diesen Wünschen entsprechen, zumal die Pächter Messing und Mertens 217 bzw. 125 Morgen bereits in Pacht hätten. Sodann beschäftigt er sich mit den Pachtpreisen, und erwähnt, daß die sogenannten Großpächter 30 Prozent weniger Pacht bezahlten als die kleinen Pächter.

Bürgermeister Schlanstein stellt verschiedene Irrtümer in den Ausführungen des Stadtv. Dhme fest, insbesondere inbezug auf die Pachtzahlung und macht zahlenmäßige Angaben. Dabei weist er auf den Umstand hin, daß der Boden in den Rieselfeldern etwa einen halben Meter tief gepflügt werden müsse, was den kleinen Pächtern, die nicht über das Pferdematerial verfügten, sehr schwierig werde. Im Jahre 1928 würde eine Neuverpachtung auf anderer Grundlage vorgenommen werden. Was die bisherigen Pachtbedingungen anlange, so seien sie einmütig von der Rieselfeldkommission beschlossen worden.

Stadtv. Duhme (Soz.) glaubt, daß die kleinen Pächter sich nicht melden würden, wenn sie die Bodenbearbeitung nicht vornehmen könnten.

Stadtv. Dr. Stricker (Ztr.) hält den Beschluß der Rieselfeldkommission für durchaus richtig und bittet in Zukunft auch die kleinen Pächter zu berücksichtigen.

Stadtv. Brüning (Ztr.) betont, daß von den rund 1400 Morgen in den Rieselfeldern rund 1000 Morgen an kleine Pächter abgegeben seien. Die Verträge mit den beiden genannten Pächtern Messing und Mertens enthielten Bedingungen, denen zufolge die Grundstücke, die wegen ungünstiger Bodenverhältnisse die kleinen Pächter nicht haben wollen, übernehmen müssen.

Stadtv.-Versf. Humperdinck bittet den Antrag dem Magistrat zu überweisen. Die Rieselfeldkommission würde schon sehen, beiden Teilen gerecht zu werden.

Das geschieht.

Anlage eines Bürgersteiges an der Hammer Chaussee und weiterer Ausbau der Straßenbahn.

Von den Vertretern der Bürgerlichen Mittelstandsvereinigung liegt folgender Antrag vor: Das Stadtverordnetenkollegium wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, möglichst im Jahre 1927: 1. Östlich der Hammer Straße einen Bürgersteig anzulegen, und zwar zunächst bis zur Brücke der Bahnlinie Bremen—Wanne, 2. die elektrische Straßenbahn ebenfalls bis dorthin auszubauen.

Mit diesem Antrage wird der folgende verbunden:

Schulneubau auf der Geist, Wegeverbesserung usw.

Von Mitgliedern der Zentrumsfraktion liegt folgender Antrag vor: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht: 1 in den diesjährigen Etat u. a. Umständen die erforderlichen Mittel für einen Schulneubau auf der Geist einzustellen, 2. mit tunlicher Beschleunigung einen großzügigen Wegeverbesserungsplan für diesen Stadtteil auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, damit die erforderlichen Mittel zu dessen Durchführung bereitgestellt werden (bis zur Durchführung des Planes ist schon jetzt wenigstens an den dicht bewohnten Straßen ein mit Schlacken gefestigter Fußgängerweg zu schaffen), 3. die Vorarbeiten zur Anlage eines Bürgersteiges an der Hammer Chaussee bis zum Preußenstadion, und zwar hinter einer Baumreihe baldigst in die Wege zu leiten und die Anlage im Laufe dieses Jahres zur Durchführung zu bringen, 4. die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um die Straßenbahn bis zum Preußenstadion durchzuführen.

Stadtv. Schlattmann (BM.) begründet den von der Bürgerlichen Mittelstandsvereinigung eingebrachten Antrag und weist auf die große Zunahme des Verkehrs hin, insbesondere auch der Fußgänger. Die schlechten Wegeverhältnisse brächten es mit sich, daß die Passanten vor den Autos flüchten müßten, um nicht von oben bis unten beschmutzt zu werden. Die Eltern müßten in Ermangelung eines Fußweges ihre Kinder mit Angst und Sorge zur Schule schicken. Im vorigen Jahre seien drei tödliche Unglücksfälle zu verzeichnen gewesen. Redner gibt seiner Freude über den Antrag der Zentrumsfraktion, der sich in der gleichen Richtung bewegt und noch weiter geht, Ausdruck. Schließlich betont er die Notwendigkeit des Ausbaues der Straßen, die sich bei dem starken Verkehr sicher rentieren würde.

Stadtv. Rektor Pieper (Ztr.) begründet den Zentrumsantrag wie folgt. Schon bei den vorjährigen Etatsberatungen wurde von verschiedenen Seiten des Kollegiums die dringende Notwendigkeit eines Schulneubaues auf der Geist hervorgehoben; diese Notwendigkeit wurde vom Magistrat mehrmals bestätigt. Die unerquicklichen Schulverhältnisse haben sich nun im Laufe des Jahres wesentlich verschärft und sie werden im kommenden Jahre einen Zustand schaffen, der kaum noch tragbar sein wird. Einige Zahlen mögen das darlegen. Die Geistschule besitzt jetzt schon 6 Klassen, die zum Teil überfüllt sind. Da nur 8 Klassenräume zur Verfügung stehen, sind 2 Klassen in der Hermannschule am Dahlweg untergebracht. Die Josefschule hat die Knabenoberklasse aufnehmen müssen, das ist ein Zustand, der auf die Dauer die Unzufriedenheit und den Widerspruch der Eltern wachruft. Infolge der immer mehr sich ausdehnenden Siedelung wird kommenden Ostern die Klassenzahl auf 8 steigen mit einer Durchschnittsschülerzahl von 40 bis 50. Weiterhin kommt hinzu, daß in absehbarer Zeit sich eine eigene Kirchengemeinde bilden wird, die schon unter den heutigen Verhältnissen unter Berücksichtigung neuer Grenzen 4000 Seelen umfassen würde. Wenn nun schon im vorigen Jahre die Forderung eines Schulneubaues allseitig als notwendig anerkannt wurde, so müssen wir im kommenden Etat unter allen Umständen die Mittel sicherstellen, um den Plan im Laufe dieses Jahres zur Durchführung zu bringen. An den Magistrat möchte ich noch die besondere Bitte richten, einmal die Ausarbeitung der Baupläne baldigst zu veranlassen und zum andern einen Bau zu schaffen, der allen Anforderungen entspricht, die an einen neuzeitlichen Schulbau zu stellen sind. Daß in gleicher Weise für die Kinder der evangelischen Konfession — die ausnahmslos heute die Johannisschule an der Vogel von Falkenstein-Straße besuchen — gesorgt werden muß, ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Zum zweiten Punkte meines Antrages möchte ich kurz folgendes sagen: Wer im gegenwärtig regnerischen Winter die Wege auf der Geist benutzen mußte, der wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß hier doch eine gründliche Besserung eintreten muß und zwar recht bald. Manche Wege kann man nur springend passieren; ich erinnere da namentlich an den oberen Teil der Eilkästerstraße, den Königsweg, sowie fast sämtliche Wege der Kriegerheimstätte. Wir können es namentlich unsern Kriegsbeschädigten nicht zumuten, diese Wege — die teilweise ohne genügende Beleuchtung sind — unter solchen Umständen mehrmals täglich zu gehen. Es ist doch an der Zeit, daß wir endlich einmal die alten Stadtgrenzen verlassen und auch die dichtbewohnten Siedlungen mit Straßen zu versehen, die auch bei Regenwetter trockenen Fußes passierbar sind. Mein Antrag geht nun dahin, der Magistrat wolle gemeinsam mit der Baukommission in der gleichen Weise wie im verflossenen Jahre innerhalb der Stadt nunmehr auch für diesen Stadtteil auf der Geist einen großzügigen Wegeverbesserungsplan aufstellen und dem Kollegium recht bald eine Vorlage unterbreiten, damit mit der Durchführung desselben begonnen werden kann.

Punkt 3 und 4 meines Antrages sind ja bereits eingehend behandelt worden. Ich begrüße die Darlegungen des Herrn Vorredners, die ich restlos unterstreichen möchte. Nur zahlenmäßig möchte ich dieselben ergänzen, auf Grund einwandfreier Ermittlungen hat man folgendes festgestellt: An einem Werktage passierte durchschnittlich jede Minute ein Fahrzeug die Hammer Chaussee. An einem gewöhnlichen Sonntage -- wo im Stadion kein Spiel war — wurden innerhalb 20 Minuten 800 Fußgänger gezählt und 15 Autobusse in Richtung Hiltrup sowie 13 Autobusse in Richtung Münster. 3 tödliche Unglücksfälle waren im verflossenen Jahre auf der Straße zwischen Hof zur Geist und Schützenhof zu verzeichnen. Eine Besserung der Verkehrsverhältnisse kann einzig und allein die Anbringung eines Bürgersteiges bringen, der hinter einer Baumreihe und zwar in ausreichender Breite anzulegen ist. Herrn Schlattmann möchte ich bitten, in seinem Antrage das Wort „möglichst" fallen zu lassen, wenigstens inbezug auf Punkt 1 des Antrages.

Bezüglich der Weiterführung der Straßenbahn — gegebenenfalls bis Hiltrup — möchte ich noch bemerken, daß wir auch in dieser Hinsicht doch einmal die Stadtgrenze verlassen müssen, nach einer Richtung muß doch der Anfang damit gemacht werden. Den Ausbau der gelben Linie über den Schützenhof hinaus halte ich schon jetzt für notwendig, zunächst mit Rücksicht auf den außerordentlich starken Verkehr, sodann aber auch mit Rücksicht auf die vielen Kriegsbeschädigten, die in der Siedlung ihre Wohnung haben. Um nun schon dem augenblicklichen Bedürfnis Rechnung zu tragen möchte ich den Zusatz anfügen: Vorläufig ist ein geregelter Autobusverkehr einzurichten.

Stadtv. Herger (AG.) bezeichnet die Vorlage als so sympathisch, daß sich wohl kaum eine Stimme dagegen erheben werde. Was den Schulneubau anlange, so würde man sich mit dieser Frage ja bei der Etatsberatung noch zu beschäftigen haben. Er trat dafür ein, mit möglichster Beschleunigung die Wegeverbesserung vorzunehmen. In Zukunft bittet er, bei Ansiedlungen immer erst die Kanalisation vorzunehmen. Was die Erweiterung der Straßenbahn bis zum Stadion anlangt, so wies er auf die Schwierigkeiten der Beschaffung der notwendigen Mittel hin und unterstrich die Ausführungen des Vorredners, daß man es mit einem geregelten Autobusverkehr versuchen solle.

Oberbürgermeister Dr. Sperlich hebt hervor, daß die Anträge durchaus Beachtung verdienten, aber die Frage sei eben die: Woher die Mittel bekommen, um all diese Aufgaben durchzuführen. Die Kosten würden sich auf Hunderttausende belaufen. Trotzdem müsse Abhilfe geschaffen werden. Der Magistrat ist bereits in Erwägungen mit der Provinz getreten, doch scheitere der Erfolg daran, daß die Straßen nicht im Eigentum der Stadt sind. Damals habe er bei dem Herrn Landeshauptmann beantragt, daß bei Straßen, die bis 8 Kilometer Entfernung von der Stadt liegen, die Sommerwege in Radfahrerwege umgewandelt würden. Der Herr Landeshauptmann habe sich gern einverstanden erklärt und werde die Sache dem Provinzialausschuß unterbreiten. Redner bat, bei den geplanten Wegen neben der Chaussee die Anlieger oder Besitzer, bei der Freigabe des Geländes der Stadt möglichst entgegenzukommen.

Stadtv. Averkamp, (Ztr.) trat für Trockenlegung der Wege in den eingemeindeten Bezirken ein, die stellenweise ganz ungangbar seien.

Stadtv. Nafroth (WP.) trat für sofortige Ausführung der Pläne nach dem Vorschlage der Antragsteller ein.

Stadtv. Dr. Stricker (Ztr.) stimmt den Anträgen Schlattmann-Pieper zu und bemängelt dann die unpraktische Einrichtung des neuen Autobusverkehrs von der Grevenerstraße zur Infanteriekaserne. Die Strecke müsse weiter gelegt werden, sonst sei die Einrichtung zum Teil zwecklos.

Oberbürgermeister Dr. Sperlich schlägt den Versuch vor, die Strecke probeweise stillzulegen, um festzustellen, ob sie überflüssig sei. Im übrigen tritt er gegen eine Verlängerung der Linie ein und hebt hervor, daß z. B. der Autobusverkehr zu den Kliniken, der vertraglich abgeschlossen sei, jeden Tag 100 Mark Zuschuß erfordere. Die Stadt habe sehr billige Preise im Autobusverkehr. Sie nehme nur vier Zehntel der Kosten, die die Post als Taxe habe.

Stadtv. Pieper I (Ztr.) bat, bei den Wegeausbesserungen auch die verlängerte Wienburgstraße nicht zu vergessen.

Stadtv Basch (AG.) verweist auf den besonders starken Verkehr der Hammerstraße, auf der er in einer Stunde 77 passierende Fuhrwerke — darunter 33 Automobile — festgestellt habe. Hier sei es noch dringlicher als auf der Warendorferstraße, die Fußgänger aus der Gefahrenzone herauszubringen. Der östliche Bürgersteig sei bei schlechtem Wetter nur unter großen Schwierigkeiten zu passieren; die Vorgärten seien zu beseitigen, auch im Interesse der Hausbesitzer.

Stadtv. Iserlot (Ztr.) beschäftigt sich mit den Verhältnissen der Goldstraße.

Stadtv. Schlattmann (BM.) ist für schnellste Durchführung mit Einschluß der Straßenbahnprojektes.

Die beiden Anträge werden einschließlich des Zusatzes zum Antrage Pieper: „Vorläufig ist ein geregelter Autobusverkehr einzurichten", angenommen.

Die Zwangsmaßnahmen bei Abortgruben.

Ein Antrag der Zentrumsfraktion lautet: Das Stadtverordnetenkollegium wolle beschließen: 1. Der Magistrat wird ersucht, bei der Polizeiverwaltung dahin vorstellig zu werden, daß diese in Fällen, wo die Besitzer von nicht dem Straßenkanal angeschlossenen Abortgruben den Inhalt derselben für Düngezwecke dringend benötigen, vorläufig von den angedrohten Zwangsmaßnahmen absieht. Vorbedingung hierfür ist jedoch, daß die Anlage der Aborte einwandfrei ist und auch vom allgemein hygienischen Standpunkte aus Bedenken nicht bestehen. 2. In Fällen, wo aus gesundheitspolizeilichen oder sonstigen Gründen der Anschluß der Aborte an den Straßenkanal unbedingt gefordert werden muß, der Besitzer eines solchen Hausgrundstückes jedoch nicht über die hierzu erforderlichen Mittel verfügt, sind seitens der Stadtverwaltung dazu Darlehn gegen niedrige Zinsen und entsprechender Amortisation zu gewähren.

Begründung: Die Abortanlagen vieler Hausgrundstücke innerhalb der Stadt Münster sind bekanntlich dem Straßenkanal nicht angeschlossen. Die Polizeiverwaltung hat daher im November v. Js. die Besitzer dieser Hausgrundstücke schriftlich aufgefordert, sämtliche Abortanlagen innerhalb zwei Monaten dem Straßenkanal anzuschließen. Im Unterlassungsfalle droht die Polizeiverwaltung, die erforderlichen Arbeiten durch einen Dritten auf Kosten des Besitzers ausführen zu lassen. Diese kurzbefristete Verfügung bringt manchen Besitzer eines solchen Hausgrundstückes in große Schwierigkeiten. Größtenteils handelt es sich hierbei um unbemittelte Kleinbesitzer, die nicht in der Lage sind, die für die bauliche Veränderung erforderlichen Mittel aufbringen zu können. Auch wird in manchen Fällen durch den erforderlichen Umbau wegen der Beschränktheit des Grundstückes sich eine Verkleinerung der in dem betreffenden Hause befindlichen Wohnungen nicht umgehen lassen. Dieses würde in vielen Fällen, insbesondere wenn davon kinderreiche Familien betroffen werden, große Härten mit sich bringen. Vielfach sind auch die Besitzer oder Mieter dieser Hausgrundstücke, soweit sie gleichzeitig Garteninhaber sind, auf den Inhalt der Abortgruben als unentbehrliches Düngemittel angewiesen. Bei Durchführung der erlassenen Verfügung muß daher mit größter Schonung vorgegangen werden.

Stadtv. Kampschulte (Ztr.) begründet den Antrag, wobei er die Betreibung der Kanalanschlüsse durch die Polizeiverwaltung an sich begrüßt, aber die Abstellung der genannten Härten für erforderlich hält.

Stadtv. Schlattmann (BM.) begrüßt lebhaft den Antrag, da den Hausbesitzern nicht noch mehr Härten zugemutet werden könnten. Er stellt den Antrag, daß die Stadt den Hausbesitzern, die Anschlußkosten mit 1 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Amortisation auf 10 Jahre zur Verfügung gestellt werden.

Oberbürgermeister Dr. Sperlich verweist auf die ungeheuerlichen Kosten, welche die Durchführung der Anträge verursachen würde. Die Initiative der Polizei sei auf jene Kreise zurückzuführen, die an die Regierung herangetreten seien mit Anträgen auf Sanierung einzelner Straßen unter Hinweis auf Epidemie-Gefahren. Und in der Tat könne der Polizei eher der Vorwurf zu großer Nachsicht als zu großer Strenge gemacht werden. In Münster seien nach dem Berichte der Polizei 1000 Häuser noch nicht an die Kanalisation angeschlossen, wovon 1300 an kanalisierten Straßen lägen. Auf Aufforderung seien kaum 100 Anschlüsse hergestellt worden. Bei allen Häusern, die in den nächsten 5 Jahren zum Abbruch kämen, sei dem Antrage auf Verlängerung der Frist auf 5 Jahre stattgegeben worden. Die Stadtverordnetenversammlung habe sich im vorigen Jahre mit einer verschärften Durchführung wegen der Epidemiegefahren einverstanden erklärt. Auch vom Standpunkte der Gerechtigkeit gegenüber den Hausbesitzern, die bisher schon die Anschlüsse erstellt hätten, sei eine Durchführung der Anträge, dessen Kosten in die Million gehen würde, unmöglich.

Stadtv. Herger (AG.) hält die Kanalisations-Verhältnisse mit dem Charakter Münsters als Großstadt nicht vereinbar, zumal in Ansehung der Typhusgefahr, die noch keineswegs beseitigt sei. Dem Punkt 2 des Antrages stimmte er zu. Die Sparkasse könne Darlehen zu 5 Prozent gewähren.

Stadtbaurat Schirmeyer kündigt eine Vorlage des Magistrats über die finanziellen Erleichterungen für die Hausbesitzer an.

Stadtv. Rinklake (AG.) stellt hierauf den Antrag auf Vertagung des Antrages bis zur nächsten Sitzung, dem zugestimmt wird.

Stadtv Kampschulte (Ztr.) begrüßt das bereits bewiesene Entgegenkommen der Polizeiverwaltung, das aus ihrem Bericht hervorgehe.

Stadtv. Nafroth (WP.) erinnert außerhalb der Tagesordnung noch an einen Beschluß des Kollegiums über die Prüfung der Möglichkeit, durch Einhaltung des Achtstundentages weitere Erwerbslose einzustellen.

Oberbürgermeister Dr. Sperlich erwidert, die Frage der Arbeitszeit sei zu diffizil, als daß sie kurzerhand schematisch gelöst werde. Die Stadtverwaltung sei in erster Linie bemüht, Arbeiten nach Münster zu ziehen und dadurch den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Zur Frage der Auslandsanleihe.

führt der Oberbürgermeister Dr. Sperlich aus, daß durch ein technisches Versehen bei der Verbreitung der Magistratsvorlage über die durch die Provinz vermittelte englische Anleihe falsche Auffassungen über die Bedeutung dieser Anleihe und die zugrundeliegenden Vorgänge erweckt seien. Landeshauptmann Dr. Dieckmann habe durch die Zeitungen der Oeffentlichkeit bereits richtigstellende Mitteilungen zugeleitet, deren Richtigkeit er ausdrücklich anerkenne. Die Stadt Münster sei der Provinz für die Vermittlung der Anleihe sehr dankbar. Er brachte hierauf ein Schreiben der Provinzialverwaltung über den Gegenstand zur Kenntnis des Kollegiums.

Das Kollegium trat gegen 9 Uhr in eine geheime Sitzung ein.

Lohnbewegung.

Einigung in der Wuppertaler Textilindustrie.

Elberfeld, 25. Jan. In der Wuppertaler Textilindustrie ist der gekündigte Manteltarif durch beiderseitige Annahme des Schiedsspruches mit Wirkung ab 1. 1. 27 wieder in Kraft getreten. Bezüglich der im Schiedsspruch vorgesehenen Lohn- und Arbeitszeitregelung besteht zurzeit ein tarifloser Zustand; die verlängerte Arbeitszeit wird auf Grund des § 3 AZO. angeordnet. Wegen der im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnregelung haben die Arbeitnehmer und wegen der vorgesehenen Arbeitszeitregelung die Arbeitgeber die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Hinsichtlich der bestreikten Betriebe haben die Arbeitnehmer die Erklärung abgegeben, daß sie Kampfmaßnahmen zurückziehen und die Arbeit sobald als möglich wieder aufnehmen. Infolgedessen unterbleibt auch die beabsichtigte Gesamtaussperrung.

Rechtsprechung.

Jagdverschulden auf der Entenjagd.

Das geladene, ungesicherte Gewehr während des Frühstücks auf den Knien.

Der beklagte Fabrikbesitzer M. in Hamburg und der Fischer und Entenjäger S. in Finkenwärder befanden sich am 30. Dezember 1923 an der Elbe vor Finkenwärder mit noch zwei anderen Personen auf der Entenjagd. Als im Laufe des Nachmittags ein Imbiß genommen wurde, hatte der Beklagte sitzend sein Gewehr auf den Knien liegen, während der Fischer S. in seiner Nähe stand. Aus nicht aufgeklärter Ursache ging plötzlich ein Schuß los und traf den Kläger so unglücklich in den rechten Unterschenkel, daß dieser am 31. Januar 1924 abgenommen werden mußte. Kläger verlangt vom Beklagten 3000 Mark als Schmerzensgeld und eine monatliche Rente von 100 Mark. Das Landgericht Hamburg erachtete den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt, das Hanseatische Oberlandesgericht nahm ein Mitverschulden des Klägers an und wies deshalb dessen Ansprüche zur Hälfte ab. Das Reichsgericht hat die Revision des Beklagten zurückgewiesen und damit das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt. Als entscheidend kommt in Betracht, daß der Beklagte fahrlässig handelte, als er sein Gewehr auch dann noch geladen und ungesichert auf den Knien vor sich liegen ließ, als der Kläger sich mit seiner Erlaubnis ihm näherte. Während er seine Flinte bis dahin unbesorgt auf den Knien liegen lassen konnte, hätte er nunmehr, als der Kläger sich näherte, Vorkehrungen treffen müssen, daß die Flinte nicht zufälligen Berührungen ausgesetzt war. In diesem Verhalten liegt eine Fahrlässigkeit des Beklagten. Hätte der Beklagte sich an die Regel gehalten, daß beim Zusammentreten mehrerer Jäger die Mündungen der Gewehre nach oben zu richten sind, so wäre die Gefährdung des Klägers vermieden worden. Das Mitverschulden des Klägers liegt darin, daß er sich bei dem Stande des Beklagten aufgehalten und bewegt hat, obwohl er sehen mußte, daß das vielleicht geladene und ungesicherte Gewehr in bedrohlicher Lage auf den Knien des mit Essen und Trinken beschäftigten Beklagten ruhte. IV 470/26. — 20. Dezember 1926.

Sport, Turnen, Wandern.

Leichtathletik.

100 Yards in neun Sekunden?

Ein neuer Weltrekord im Laufen über 100 Yards wird aus London gemeldet. Wie es heißt, soll in Indore (British-Indien) ein Eingeborener namens B. J. Mulerji, der an der King Edward-Schule Medizin studiert, die 100 Yards in der neuen Weltrekordzeit von neun Sekunden zurückgelegt haben, womit Paddocks Welthöchstleistung von 9,5 Sekunden um genau eine halbe Sekunde unterboten worden wäre. Von Mulerji wird weiter berichtet, daß er während seiner zweijährigen Studienzeit mehr als fünfzig erste Preise errungen hat und auch über die 220 Yards-Strecke enorm schnell ist. Wir wollen nicht bezweifeln, daß es bei verschiedenen Naturvölkern Menschen gibt, die noch schneller laufen können als die weltbekannten Größen der Leichtathletik wie Paddock, Körnig, Murchison usw., andererseits wird sich aber wohl kaum der Nachweis erbringen lassen, daß jener indische Student einen Weltrekord nach den internationalen Bestimmungen aufgestellt hat.

Pferdesport.

Zweitausend Nennungen für das Berliner Februar-Turnier.

Mit einem unzweifelhaft ganz großen Erfolg verspricht das in Berlin in der Zeit vom 20. bis 27. Februar in der Arena am Kaiserdamm stattfindende Internationale Reit- und Springturnier durchgeführt zu werden. Ein Rekord wurde bereits beim Nennungsschluß erzielt, gingen doch für die verschiedenen, zur Ausschreibung gelangten Prüfungen nicht weniger als zweitausend Nennungen ein. Ganz abgesehen davon, daß die gesamte erste Klasse der deutschen Reiter und Pferde sich bei der Veranstaltung ein Stelldichein geben werden, greift auch das Ausland mit einer in jeder Beziehung erstklassigen Streitmacht in die Ereignisse ein. So kommen aus Schweden Graf Bonde, der Sieger der Olympia-Dressurprüfung 1912, ferner so hervorragende Reiter wie Graf Roosen und Oberleutnant Dyssen. Holland ist durch den in Berlin immer gern gesehenen Rittmeister Labouchere vertreten. Auch Dänemark, die Tschechoslowakei und die Schweiz entsenden eine Anzahl ihrer besten Reiter.

Von den einzelnen Ereignissen, in denen diesmal auch die noch wenig oder gar nicht geprüften Pferde stärker berücksichtigt sind, vereint die Große Olympiade-Reitprüfung mit 16 Unterschriften die besten deutschen Dressurpferde ohne Ausnahme. Auch die besten deutschen Dressurpferde ohne Ausnahme. Auch die Große Reitprüfung, die 22 Unterschriften erhielt, wird die beste deutsche Klasse in Aktion treten lassen. Daß sich die Dressurreiterei noch neue Freunde erworben hat, bewiesen die 75 Nennungen für den Preis des Reitklubs Sand, in dem sich die leichte Klasse trifft.

Erfreulicherweise sind auch die Konkurrenzen für Wagenpferde diesmal stärker besetzt. Der Preis der Mark für Geschäftsgespanne, in dem trotz des lobenswerten ernsten Zwecks der Ausschreibung auch wieder der Humor zu seinem Recht kommen dürfte, kann man mit 20 Teilnehmern rechnen. Ganz gewaltige Unterschriftenzahlen erzielten dann aber die Jagdspringen, die, wie bereits berichtet, nach neuer Art gewertet werden. So erhielt das Haupt-Jagdspringen 130, das neu eingeführte Tor- und Gatterspringen sogar 135 Nennungen. Das stets einen spannenden Verlauf nehmende Hochspringen ist mit 17 der besten Springer recht befriedigend besetzt.

Die Eishockeykämpfe um die Europa-Meisterschaft.

Österreich schlägt Ungarn mit 6:0 (4:0). — Deutschland siegt über die Tschechoslowakei 2:1 (2:0).

Wien, 24. Jan. Am ersten Tage der Eishockey-Europameisterschaft am Montag, trafen am Nachmittag die Österreicher auf Ungarn, die sich hoch mit 6:0 Toren geschlagen bekennen mußten. Bei Halbzeit führten die Wiener bereits mit 4:0 Toren. — Der Abend führte Deutschland mit der Tschechoslowakei zusammen. Bis zum Wechsel erzielten die Deutschen durch Gruber-Riessersee und Römer Charlottenburg in der ersten Viertelstunde zwei Tore, denen die Tschechen nichts entgegenzustellen hatten. In der zweiten Halbzeit gelang es Malezec-Prag, für seine Farben den Ehrentreffer zu buchen.

Deutschland schlägt auch Polen mit 2:1.

Wien, 25. Jan. Am 2. Tage der Europa-Eishockeymeisterschaft in Wien standen sich zunächst Deutschland und Polen gegenüber. Deutschland konnte in dem Kampfe, der weniger interessant verlief, wie der des Vortages gegen die Tschechoslowakei, wieder knapp die Oberhand behalten. Die deutsche Mannschaft, die weniger schnell spielte als am Montag, und es an Zusammenhang fehlen ließ, mußte sich in der ersten Viertelstunde von den Polen zurückdrängen lassen, kam aber schon in der 18. Minute nach einer Vorlage von Sachs durch Jaenicke zum 1. Treffer des Tages. 1 Minute später aber stellte Polen durch seinen Mittelstürmer bereits den Ausgleich her. In der 2. Minute nach dem Seitenwechsel sicherte Jaenicke durch ein 2. Tor, das Polen trotz der größten Anstrengungen bis zum Schluß nicht aufholen konnte, den deutschen Farben den Sieg.

Briefkasten.

Kanada. Besuchs- und Geschäftsreisende nach Kanada brauchen keinen kanadischen Sichtvermerk und müssen nur den Nachweis erbringen, daß sie tatsächlich zu vorübergehendem Aufenthalt nach Kanada gehen. Auswanderern aller Berufsklassen aus Deutschland nach Kanada wird der kanadische Sichtvermerk von den Canadian Government Immigration Officer in Hamburg kostenlos zu wesentlich leichteren Bedingungen als bisher erteilt. Passende Ueberfahrtsgelegenheit nach Kanada ist durch den Hamburg-Boston Dienst der Hamburg-Amerika Linie mit regelmäßigen, vierzehntägigen Abfahrten gegeben. Von Boston ist Montreal, der Hauptausgangspunkt der großen kanadischen Eisenbahnen, nach allen Teilen des Landes bequem zu erreichen. Genaue Auskunft über alle Einzelheiten der Zulassungsbestimmungen und der Ueberfahrt erteilt kostenlos die Hamburg-Amerika Linie, Hamburg 1, und deren Agenturen.



Die Verlobung ihrer Tochter Gisela mit Herrn Bergassessor Werner Röcken beehren sich anzuzeigen

Bürgermeister Dr. Foller und Frau
Adelheid geb. Schnieber.

Rheinhausen (Niederrh.)
Mittelstraße 16
den 23. Januar 1927

Meine Verlobung mit Fräulein Gisela Foller zeige ich ergebenst an

Werner Röcken

Gerthe i. W.
Lothringerstraße 33
den 23. Januar 1927
b2617g

Maria Heuckmann
Theodor Jungmann
Verlobte
Ascheberg i. W. Ottmarsbocholt
im Januar 1927
r8017g

Gesundes
Hildegard-Maria
Mädchen
angekommen.
In dankbarer Freude
Egbert Christenhusz und Frau
Caroline geb. Grass
Münster i. W., den 24. 1. 1927
*g

Stau Karten
Hermine Kleist
Joseph Westhues
Verlobte
Drensteinfurt Ahlen i. W.
29. Januar 1927
r8053g

Schützenhof
Großer Saal
Sonntag, d. 30. Januar 1927
Großer Ball
f384

Gastwirtschaft
mit Kolonialw.-Gesch. und 9 Morgen Land, sowie Pachtland, mass. Gebäude, direkt an der Kirche, in mittler. Ort im Kreise Ahaus gelegen, haben wir zu verkaufen. Anzahlung 15 000 Mk. Preis 25 000 Mk. b2451
Plettendorf & Hartmann,
Gütermakler,
Rheine i. Westf.,
Telephon 575.

Kapitalkräftiger Landwirt sucht
*6220
Gut
von 200—600 Morg. zu kaufen. Offerten unter W Z 683 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

— Fettweide! —
beste Kleinweide, in Gr. von 30 Morgen, event. in zwei Parzellen, wird am **Donnerstag, dem 3. Febr. 3 Uhr nachm.** auf meinem Hofe meistbietend z. Verpachtung ausgesetzt. h2529)
Uebing, Schöppingen.

Achtung! Achtung!
Um den Zwischenhandel auszuschalten, versende ich täglich frische r2518)o
Tafel-Butter
9 Pfd. Collis, (Pfd. 1.98 Mk.), franko gegen Nachn.
Dampfmolkerei Engelsheim
Kreis Augsburg i. Ostpr.

— 1000 Mark —
vom Selbstgeber gegen hypothekarische Sicherheit zu zeitgemäß. Zinsen zu leihen gesucht. Offert. unter B B 753 an die Geschst. *6231

Zweifamilienhaus
mit großem Hofraum u. Einfahrt, in Nähe der Bahn zu verk. Näh. in der Geschäftsstelle. *

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern nachmittag 5½ Uhr meinen innigstgeliebten, guten Mann, meinen lieb n Sohn unseren lieben Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Kaspar Rethmann

nach langem, schwerem innerem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel, gestärkt mit den hl. Sterbesakramenten, im 33. Lebensjahre, im 3. Jahre einer glücklichen Ehe.

Münster i. W., Hagen i. W., Hannover, Celle, Sassenberg, Everswinkel, den 26. Januar 1927.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3½ Uhr von der St.-Josefskirche Hammerstr., aus. Das Leichten-Seelenamt ist am Montag, den 31. Januar, morgens 9 Uhr in der St.-Josefsstraße, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche anzusehen. *r

Schlumm're sanft du gute Mutter,
Die du uns so treu geliebt;
Auch du wirst es uns verzeihen,
Wenn wir dich haben betrübt.
Für uns hast du übernommen
Manche schwere harte Stund,
Manchen Tag und manche Nacht
Hast in Sorgen zugebracht
Bis der Tod dein müdes Auge bricht,
Doch vergessen werden wir dich nicht.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief heute abend 7½ Uhr unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Gutsbesitzer
Witwe Heinrich Greiwing
Maria geb. Beckmann.

Sie starb nach 5tägiger, mit großer Geduld ertragener Krankheit (Lungenentzündung), wohlvorbereitet durch einen christlichen, arbeitsreichen Lebenswandel, gestärkt durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente, im 61. Lebensjahre sanft und ruhig im Herrn.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Die tieftrauernden Kinder nebst Angehörigen.

Kinderhaus, Düsseldorf, Chicago (Nord-Amerika), den 25. Januar 1927.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 29. Januar, morgens 9 Uhr von der Pfarrkirche zu Kinderhaus aus; gleich darauf das feierliche Seelenamt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche anzusehen. *b

Schauburg
Münster i. W. Fernsprecher 3331 32 Am Servatiiplatz.

Heute unwiderruflich letzter Tag!
Das ergreifendste Filmwerk des Jahres:



La Bohème
nach dem Roman von **Henry Murger**
„Leben im Quartier Latin"

Dazu **Roda Roda's** ganz brillanter Lustspielschlager f387w
Feldherrnhügel

Helau! Helau!



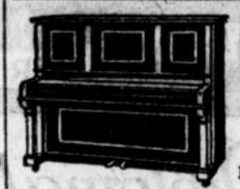
Sonnabend, den 29. Januar 1927
Großer Maskenball
(kein Kostümzwang)
in sämtlichen Räumen des
Restaurant „Hof zur Geist"
unter Mitwirkung einer
Original-Jazz-Band-Kapelle
u. a. Prämiierung der 2 schönsten Kostüme
Eintrittspreis pro Person 2 M.
Beginn 8,11 Uhr Kassenöffnung 7,11 Uhr
Vom Anfang bis zum Ende ständiger Autobusverkehr. f311)w
G.-V. „Heimatklang"
(Gemischter Chor)
Der Eiferrat.

Emelka-Theater
bringt das Richtige



Großvertrieb durch b2590w
Carl Schlüter, Osnabrück.
Vertretung in **Münster, Hammerstr 51.**
Zu haben in den **Feinkosthandlungen.**

Costüme und Mäntel
fertige zu billigen Preisen an.
Modernste Ausführung, guter Sitz.
Costüme und **Mäntel** von **20** Mk. an
Complets . . . . von **30** Mk. an,
Vor- und Nachmittagskleider von **10** Mark an. f292)w
Modernisieren älterer Façons.
J. Köching, Bült Nr. 1.



Piano
zu vermieten
Viegener
Musikhaus
Kaiserstr. 2 /26
f771y

Konkurs-Ausverkauf!
50% Rabatt
Hagedornstraße No. 2.
Große Warenbestände, Damenmäntel, Kindermäntel, Kleider, Blusen, Kinderwäsche, Trikotagen, Regenmäntel, waschbaren Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Baumwollwaren, Schürzen, Korsetts, Strumpfwaren, Gardinen usw. *w
Der Konkursverwalter.

Ostpreußisches Weidevieh
Ein Transport ostpreußisches h2619)g
Weidevieh
trifft jede Woche in Appelhülsen ein und stehen dort sowie in meinen Ställungen zum Verkauf.
B. Volmer, Senden,
Telephon 82. Telephon 82.

Ladenlokal,
ca. 50—60 qm., an verkehrsreicher Straße, mit oder ohne Wohnung zum 1. 4. evtl. später **gesucht.** Offerten mit genauen Angaben u. B B 5356 an die Geschäftsstelle d. Ztg. h2573)e

Stellen-Vermittlung des Auskunftsvereins.

4487 Akadem. (29 J.), seit mehreren Jahren bei führ. rh. Zentr.-Zeitungen verantwortl. Lokalredakteur, sucht sich als Lokal-, Allein- oder polit. Redakt. zu verändern. Bewerber ist anerk. Theaterkritiker, Komm. u. Soz. Vol.gew., Vers. R. gt. Stenogr. mit best. Zeugn. u. Referenz. Angeb. an Generalsekretär Dr. Weilbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4488. **Redakteur** (28 Jahre), flotter Stil, leichte Auffassung, Stenogr., Maschinenschr., sucht zwecks weiterer Entwicklung Stellung an guter Zentrums-Zeitung. Eintritt evtl. sofort. Angeb. an Generalsekretär Dr. Weilbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4489. Junger Mann (23 J.), schon für Zeitungen gearbeitet, sucht Stelle als **Volontär** bei größ. Blatt. Lokalpol., Wochenplaud., Stenogr. Angeb. an Generalsekr. Dr. Weilbächer, Düsseldorf Talstraße 55.

Offene Wohnungen

Wohnungstausche
bearbeitet intensiv und kostenlos
Aug. Hendker
Möbeltransp. Lagerung
Autoverkehr. r5892ng
Tel. 3-53/54 Graelstr. 17

Möbliertes Wohn- und Schlafzimmer
zu vermieten.
Klosterstraße 61. *

Frdl. möbl. Zimmer (Mansarde) z. 1. 2. 27 zu vermieten. *6229
Am Kanonengraben 17.

Gut möbl. Zimmer
für zwei Herren auf sofort zu vermieten. *
Näheres Breul 9.

Großes Ladenlokal
mit 1. oder 2 Zimmern in der Nähe Münsters (günstige Lage) p. bald zu vermieten. *
Offt. unter Nr. 3287 an Anz.-Ann. Korte, Michaelisplatz 7—8.

Gesuchte Wohnungen

Zum 1. 2. möbl., ruh.
— Zimmer —
gesucht Nähe Kliniken. Off mit Preisang. unt. T W 750 an Geschst. *

— Beamter, —
der ausw. beschäft. ist, sich aber von Samstag nachm. b. Montag früh in Münster aufh., sucht
gut möbl. Zimmer
nur für diese Zeit zu mieten. Bezahl. ebenso nur für Dauer d. Aufenthaltes, aber dafür entsprechend höher.
Off. unt. W W 5352 an die Geschst. h2610



Hausfrauen!
kauft frische und geräucherte Seefische nur in meinem Spezialgeschäft
Hammerstraße 25.
Daselbst große Auswahl in Schellfisch, Kabliau, Seelachs, Goldbarsch, Zunge, Scholle, Knurrhahn, Forelle, Heilbutt, Steinbutt usw.

Extra billig! Die ersten großen
Grünen Heringe 3 Pfd. nur 55 ₰

Filetfisch, tafe fertig
Pfd. von 50 Pfg an.
Räucherfische u. Marinaden in bekannter feinster Qualität. Holl. Fettheringe, Salzheringe 5 Pfg. i385r
Seemuscheln, Bratbückinge.
Fischgroßhdlg. Heinr. Hambrock,
Hammerstraße 25 Telephon 2584
Beste Einkaufsquelle f. Wiederverkäufer.
Gegründet 1980.

Tonangebend
in
Sprechapparaten
Schallplatten
Reparaturen
nur r7799xw
Josef Thamm
Inh. **Bernard Rosemeyer**
Telephon 565 **Rheine**, Emsstr 23

Holz-Verkauf.
Am **Montag**, den **31. Januar**, vormittags **11 Uhr**, gelangen im Fürstlich Salm-Horstmarschen Forstrevier Leerenholz b. Horstmar die nachfolgend aufgeführten Hölzer unter den im Verkaufstermine näher bekannt zu machenden Bedingungen zur öffentlichen Versteigerung:

ca. 12 im Eichen für Schreiner und Stellmacher
Ca. 20 im Eichenbauholz
4 Lärchen mit ca. 5 im Schnittware
30 im Fichtenbauholz
450 Fichtenstangen 1—3 Klasse geeignet für Gerüststangen, Leiterbäume, Schleiten pp

Sammelplatz: Waldchaussee im Herrenholz.
Coesfeld, den 19. Januar 1927.
Fürstliche Forstverwaltung
gez. **v. Hertzberg**

Holzverkauf!
im Gräfl. Droste-Bischering'schen Forstrevier Ottmarsbocholt.

Samstag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr anfangend, sollen in den Forstorten Lauhorst und Deipenteigen meistbietend verkauft werden:

86 **Eichen** von 20—48 cm Durchm. = 73,95 fm,
2 **Eichen** von 50—80 cm Durchm. = 50,16 fm,
23 **Birken** von 18—25 cm Durchm., = 7,93 fm,
100 **Rmtr. Eichenknüppel,**
14 rm **Buchenscheit und Knüppel,**
140 rm **Eichen- u. Birkenreiser** (unaufgearbeit.).

Anfang im Forstort Lauhorst. h2571)
Burg Bischering bei Lüdinghausen, den 25. Januar 1927.
Gräfl. Droste Bischeringsche Oberförsterei.

6% Hypotheken 7%
der Deutschen G. Hyp.-Bank, Berlin
Die besten Tagessätze für alle Zwecke.
Baugelder
der Volkswirtschaftsbank durch
Hans Gasber, Bankkomm.-Geschäft, **Recklinghausen.**
— Postfach — h2606r

Mathis-Automobile.
Wir suchen für den Vertrieb der neuen Typen tüchtige Vertreter-Firma.
H. Hoffmann Kraftwagen, Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Dortmund, Schwanenwall 48. Ruf 49.0 61
Generalvertr. der Mathis-Werke, Straßburg i. E. h r07m

3000 Mark
auf 2 Jahre gegen Sicherheit zu leihen gesucht. Zins 2 Proz. pro Mon. Angeb. unter D D 755 an die Geschäftsstelle. *

Schützenhof
Großer Saal
Sonntag, d. 30. Januar 1927
Großer Ball
384

Ziehung 22.—24. Febr.
Lotterie
für die **Kriegerwaisen**
9064 Gewinne = M. Mk.
80000
30000
20000
10000
Hauptgew. ev.
Lose à Mark 1.—
Porto u. Liste 35 Pfg. vers. auch unter Nachn.
Emil Stiller Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 39
r8039)ä

Die bescheidensten Ansprüche in Ihrer Kleidung befriedigt zu **billigsten** Preisen die *ä
Maßschneiderei
Gottbehüt
Kommandantenstr. Nr. 57

Bücheinrichtung
Buchrevision
Handels- und Steuerbilanz
Ad. Hamers
Münster, Wörthstr. 15
Buchprüfer u. Steuerberater der Zwangsinnung für das Müllergewerbe im Reg.-Bez. Münster
r mm 418

Wolldecken
wasserdichte **Pferdedecken** prima Qualität gegr. **billig** ab. f341)ä
Oelkontor Hammerstr. 12

— 500 Mark —
gegen gute Vergütung und Sicherh. für ½ J. zu leihen ges. Off. u. H H 729 an Geschst. *

Ländliches Arzthaus
bietet Erholungsbedürftigen und Dauerpensionären ruhigen, angenehmen h2612)
Aufenthalt.
Hübsche, stille Lage im Sauerland, mittl. Höhenluft, gute Zimmer, erstklassige Verpflegung, geringer Pensionspreis. Angeb. unt. Z A 5354 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief sanft heute mittag 12¾ Uhr mein lieber, guter Mann, mein guter Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Ingenieur
Edmund Helfrich
im Alter von 54 Jahren.

Frau Margarete Helfrich
Edith Helfrich

Münster den 25. Januar 1927
Lingenerstraße 11

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 29. Januar 1927 von der evangl. Leichenhalle des Zentralfriedhofes nachmittags um 3½ Uhr.
Trauerfeier ¼ Stunde vorher.
Beileidsbesuche dankend verbeten. *l



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern abend 7¼ Uhr meine innigstgeliebte, unvergeßliche Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine die

Ehefrau Gutspächter
Theod. Elberich
Antonia geb. Daut
Mitglied des Müttervereins Herz-Jesu

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb im hiesigen Clemenshospital nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, nach Empfang der hl. Sterbesakramente, ergeben in Gottes hl. Willen, im 54. Lebensjahre nach 29jähriger, glücklicher Ehe.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Münster (Dolstrup 24), Gremmendorf, Werse und Ostbevern, den 26. Januar 1927.

Im Namen der trauernden Angehörigen:
Theodor Elberich.

Das feierliche Leviten-Seelenamt findet statt am Samstag, 29 Januar, morgens 9 Uhr in der der Herz-Jesukirche; anschließend die Beerdigung von der Kirche aus

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche anzusehen. *b

Vom 28.—31. Januar 1927
Gastspiel
des f388w
Ural-Kosaken Chor
22 Sänger unter Leitung des Dirigenten
Andreas Choloukh.
Schauburg Münster i. W. Am Servatiiplatz.

9/40 PS. Essex,
Sechszylinder, offener Fünfsitzer, sechsfach bereift, Boschlicht und -Horn, Verdeck vollkommen verschließbar, Maschine und Aufbau in allerbestem Zustande, zum Preise von 3600 Mark zu verkaufen. f361)
Franz Elshoff, G. m. b. H.,
Münster i. W., Ludgeristr. 55.
Fernspr. 1958.

Hundeamme
sofort gesucht vom
Zoologisch. Garten
Fernspr. 1881 r8063



Oberhemden
durch eigene Fabrikation besonders vorteilhafte Preise
Joh. Heinr. Jansen
6405x

Inseraten-Vermittlung für alle auswärtigen Zeitungen
zu Originalpreisen
Münsterische Annoncen-Expedition E. Vendel, Münster i. W., Salzstr. 57. Tel. 4185
*r G m b H (im Hause Niemers Weinstuben)

Aus der Stadt.

Münster, 27. Januar.

+ **Seinen 80. Geburtstag** beging am 11. Januar Architekt Professor H. Schatteburg in geistiger und körperlicher Frische. Beseelt von unermüdlicher Schaffensfreude und Tatendrang, hat er 48 Jahre lang in staatlichen Diensten als anspornender Lehrer der Hochbauklassen an staatlichen Baugewerkschulen gewirkt. Seine Vorgesetzten und ehemaligen Schüler wissen ihm noch jetzt Dank zu zollen. Hervorzuheben ist, daß Professor Schatteburg außer bedeutenden Privatbauten (Kurhaus auf Juist und dergl.) manches fachwissenschaftliche Werk (Ziegelrohbau, Eiskelleranlagen usw.) herausgegeben hat

Stadttheater. Heute abend gelangt im Abonnement C Verdis Oper „Die Macht des Schicksals" zur Aufführung. Es ist interessant, zwischen den beiden italienischen Opern, die jetzt auf unserem Spielplan stehen: „Bajazzo" und „Macht des Schicksals", Vergleiche anzustellen. Verdis Oper verdiente ebenfalls eine Zugoper zu werden. Das Publikum wird die Gelegenheit, eine aus der Vergessenheit hervorgeholte Oper Verdis zu hören, sich nicht entgehen lassen, um so mehr als diese Musik mit zum Besten gehört, was aus des italienischen Meisters Feder hervorgegangen ist. Die bisherige Aufnahme der Oper zeigt, daß sie ein Repertoirstück werden wird.

□ **Neue Fahrpreisvergünstigung für Studierende.** Die den Studierenden der Deutschen Hochschulen gewährte Fahrpreisvergünstigung um 50 Prozent für die Schülerferienkarten kann, wie verlautet, in Zukunft nachträglich durch Erstattung auch solchen Studierenden gewährt werden, die den Hochschulort schon vor Beendigung der Semester- oder Weihnachtsferien aufsuchen, um wissenschaftliche Arbeiten zu erledigen oder an Prüfungen teilzunehmen. Um die Vergünstigung, die nur eingeschriebenen Studierenden zusteht und nicht für mehrmalige Reisen, sondern nur für eine Hin- und Rückfahrt während der einzelnen Ferien in Anspruch genommen werden darf, zu erlangen, ist die Bescheinigung eines Dozenten über die Notwendigkeit der früheren Reise erforderlich. Anträge sind auf vorgeschriebenem Formular auf dem Abgangsbahnhof zu stellen.

⊗ **Warnung vor wilden Anzeigenwerbern.** Zu dem in Nr. 81 veröffentlichten Artikel unter dieser Überschrift wird uns vom Fach-Rundschau-Verlag-Münster, Ludwigstraße 4, geschrieben: „Das in Kürze erscheinende Adreßbuch der Bauindustrie für Münster und das Münsterland soll allen an der Bauindustrie interessierten Kreisen ein Nachschlagewerk in einer Form sein, wie es bisher in Münster und im Münsterland noch nicht erschienen ist. Das darin erscheinende Adressenmaterial setzt sich aus Originalaufnahmen der in Frage kommenden Kreise zusammen und wird durch rege Werbetätigkeit auf alle nur in Betracht kommenden Interessentengruppen ausgedehnt. Das aufgenommene Material ist als unbedingt zuverlässig zu bewerten. Es enthält im Gegensatz zu dem bereits vor längerer Zeit von Herrn Dr. Engelmeier herausgegebenen Werk, welches nur Baupolizei-Verordnungen bringt, lediglich das obenerwähnte Adressenmaterial. Es ist von unseren Anzeigenwerbern, und hierfür kann jederzeit der Beweis angetreten werden, bei jeder Firma, wo das Werk des Herrn Dr. Engelmeier vorgelegt wurde, ganz präzise zum Ausdruck gebracht worden, daß es sich um ein Adreßbuch, dessen Erscheinen als Originalband zu betrachten ist, handelt. Es widerspricht vollkommen den Tatsachen, das Werk des Herrn Dr. Engelmeier als „Lockmittel" zum „Inseratenfang" verwandt zu haben, vielmehr wurde dieses den betreffenden Firmen nur zu dem Zwecke vorgelegt, um den inhaltlich vollkommen unterschiedlichen Text der beiden Werke zu beweisen."

♣ **Tierschutzverein.** Dem Tierschutzverein Münster sind in den wenigen Tagen seit seiner Gründung schon mehr als 120 Mitglieder beigetreten. Dieses zeugt für das große Interesse, welches die Bürgerschaft dieser edlen Sache entgegenbringt. Die Tierschutzvereine wollen den leidenden Tieren Recht und Schutz verschaffen, insbesondere sie bewahren vor 1. boshafter, mutwilliger und leichtsinniger Quälerei und Mißhandlung, 2. Grausamkeit bei ihrer Tötung, 3. vor einer Verfolgung, die auf einem Verkennen ihres Nutzens beruht, 4. das Recht des Tieres auf Schutz zur gesetzlichen Anerkennung und zur moralischen Überzeugung zu bringen. — Darum tretet dem Tierschutzverein Münster bei. Der Jahresbeitrag beträgt nur 2 Mark. Liste zum Eintragen liegt im Verkehrsverein, jedoch genügt auch Postkarte dorthin.

♣ **Ein Unhold** wurde Mittwoch nachmittag um 3 Uhr am Staatsarchiv auf dem Bohlweg festgenommen. Selbiger hatte sich in unsittlicher Weise Kindern und Frauen genähert. Zwei hiesige Bürger, die das Treiben des Mannes beobachtet hatten, veranlaßten seine Festnahme.

Lohnsteuer, insbesondere Einreichung der Steuerabzugsbelege für 1926.

Das Finanzamt weist nochmals hin auf die Ablieferung der Lohnsteuerbelege für 1926 bis 31. Januar 1927. Die wichtigsten Bestimmungen sind:

I. Überweisungsverfahren.

1. Im Überweisungsverfahren und Behördenverfahren hat jeder Arbeitgeber (auch die öffentlichen Kassen) für alle Arbeitnehmer, die im Kalenderjahre 1926, wenn auch nur vorübergehend bei ihm beschäftigt waren und einen Arbeitslohn von mehr als 25 Mark wöchentlich, 100 Mark monatlich, wenn auch nur für einen Teil des Jahres 1926 verdient haben, ein Lohnsteuerüberweisungsblatt auszuschreiben, und zwar für die ganze Dauer der Beschäftigung im Kalenderjahre 1926 Ein Überweisungsblatt ist auch auszustellen, wenn der Arbeitslohn tatsächlich mehr als 25 Mark wöchentlich, 100 Mark monatlich betragen hat, aber unter Berücksichtigung der steuerfreien Beträge und Familienermäßigungen Lohnsteuer nicht einbehalten wurde. Aufzunehmen sind alle Lohnzahlungszeiträume, die im Kalenderjahre 1926 geendigt haben, also
   a) zu Beginn des Kalenderjahres 1926:
      die Lohnzahlungszeiträume, die im Dezember 1925 begonnen und im Jahre 1926 geendet haben.
   b) am Schluß des Kalenderjahres 1926:
      die Lohnzahlungszeiträume, die im Dezember 1926 geendet haben.
2. Die Lohnsteuerüberweisungsblätter sind unter Angabe der Summe der einbehaltenen Steuerbeträge vom Arbeitgeber gemeindeweise in Nachweisungen zu übertragen, diese aufzurechnen und zu unterschreiben. Für die gemeindeweise Aufstellung ist die Gemeinde maßgebend, in deren Bezirk die Steuerkarte für 1926 ausgestellt ist.
3. Die Summen der Nachweisungen sind vom Arbeitgeber in eine Zusammenstellung zu übernehmen, die ebenfalls aufzurechnen ist. Diese Summe stellt dann die vom Arbeitgeber im Jahre 1926 insgesamt abgeführte Lohnsteuer dar und muß mit ihr übereinstimmen.
4. Für das Behördenverfahren gelten die gleichen Vorschriften.
5. Ablieferung nach Ausfüllung an das Finanzamt der Betriebsstätte.

Die Vordrucke hierzu werden beim Finanzamt unentgeltlich ausgegeben.

II. Markenverfahren.

1. Im Markenverfahren hat jeder Arbeitnehmer seine Steuerkarte für 1926 und die Einlagebogen mit den geklebten und entwerteten Steuermarken an das Finanzamt einzureichen, in dessen Bezirk er (der Arbeitnehmer) am 31. Dezember 1926 seinen Wohnsitz hatte. Gleichzeitig ist anzugeben:
   Nummer der Steuerkarte für 1927, Behörde, die diese Steuerkarte ausgestellt hat und die Wohnung des Arbeitnehmers am 31. Dezember 1926.
2. Anstelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die gesammelte Ablieferung der Steuerkarten und Einlagebogen übernehmen. Zuständig bleibt auch hier stets das Finanzamt des Wohnsitzes des Arbeitnehmers am 31. Dezember 1926.
3. Sowohl beim Markenverfahren als beim Überweisungsverfahren ist der Arbeitgeber verpflichtet, durch Aushang in den Arbeitsräumen die Arbeitnehmer auf die Ablieferung der Steuerkarten und Einlagebogen für 1926 hinzuweisen.

III. Frist zur Einreichung.

Frist zur Einreichung der Belege zu I und II bis spätestens 31. Januar 1927.

IV. Erzwingung der Einlieferung.

Die Einlieferung kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung mit hohen Geldstrafen erzwungen werden. Die Versäumnis wird nach § 377 der Reichsabgabenordnung mit Geldstrafe bis zu zehntausend Reichsmark bestraft.

Aus der Provinz Westfalen.

♣ **Greven,** 25. Jan. (Verein „Hilfe am Grabe".) In der Generalversammlung des Vereins „Hilfe am Grabe" wurde der Jahresbericht für das abgelaufene Jahr erstattet. Diesem ist zu entnehmen, daß ein Mitgliederbestand von 972 vorhanden ist. An Beihilfen wurden im vergangenen Jahre 3360 Mark ausgezahlt, und zwar entfallen hiervon auf 31 Mitglieder je 100 Mark, ein Mitglied 50 Mark und 7 Mitglieder je 30 Mark. 21 neue Mitglieder traten dem Verein bei, 18 schieden aus. Nach dem Kassenbericht betrug die Gesamteinnahme 3993,97 Mark, die Gesamtausgabe 5443 Mark, der Kassenbestand somit 550,97 Mark. Der bisherige Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden Wilhelm Riering, dem Schriftführer Hermann Sandmann, dem Kassierer Heinrich Fecke und dem Beisitzer Johann Twickeler wurde durch Zuruf wiedergewählt. Der Kassierer referierte dann noch über das Verhältnis der Ehefrau zur Sterbekasse. Außer dem bereits zahlenden Mitgliede ist ein weiteres Mitglied beitragsfrei. Wenn aber die Ehefrau in einem festen Arbeitsverhältnis steht, ist auch von ihr der Beitrag zu zahlen. Über Zweifelsfälle soll der Vorstand entscheiden.

w **Greven,** 26 Jan. (Autounfall anläßlich der Kirmeß) Am Sonntag, den 29. August v. Js., als abends der Kirmeßtrubel den Höhepunkt erreicht hatte, fuhren zwei junge Leute mit ihren Fahrrädern über die Landstraße nach Emsdetten. Wie gewöhnlich am Kirmeßsonntage herrschte sowohl ein sehr reger Radfahrer- wie Fußgängerverkehr. Der Chauffeur Anton B. fuhr in ziemlich schneller Fahrt die Landstraße hinunter, ohne Rücksicht auf die Fußgänger und anderen Fahrzeuge zu nehmen. Das Auto fuhr meistens links, so daß eine ganze Reihe Passanten in den Graben flüchten mußte. Die beiden jungen Männer konnten mit ihren Rädern nicht so schnell fortkommen, einer von ihnen wurde von dem Auto erfaßt und zu Boden geschleudert. Der junge Mann erlitt erhebliche Quetschungen und war einige Tage arbeitsunfähig. Das Auto, ein leichter Wagen, fuhr mit seinen fünf Insassen in den Straßengraben. Mehrere Zeugen des Unfalles erklärten, daß ihnen schon nachmittage das Auto in Greven aufgefallen sei. Abends sollen der Chauffeur und die Insassen betrunken gewesen sein. Das Schöffengericht hatte sich jetzt mit der Sache zu befassen. Es verurteilte den Chauffeur B zu einem Monat Gefängnis und zur Zahlung einer Buße von 300 Mark.

△ **Warendorf,** 26. Jan. (Eine üble Entgleisung.) Der Landwirt Wilhelm M. in Ostbevern hatte am 23. September 1926 den Tierarzt aus Ostbevern rufen lassen, weil ein Tier seines Viehbestandes, eine hochtragende Kuh, schwer erkrankt war. Dem Anschein nach handelte es sich um Maul- und Klauenseuche; die äußeren Krankheitserscheinungen berechtigten zu der Annahme. Der hinzugerufene Tierarzt B. bestätigte diese Annahme und riet, den Kreistierarzt herbeizuholen, damit dieser Anweisung zum Schlachten des Tieres gebe. Diese Anordnung ist notwendig, wenn der Besitzer seuchenkranker Tiere Entschädigungsansprüche stellen will. Bevor jedoch der Kreistierarzt aus Warendorf, vertreten durch den Dr. R., ankam, kalbte die kranke Kuh. Der Vertreter des Kreistierarztes stellte fest, daß die Kuh infolge des fehlerhaften Kalbens eingehen würde. Er riet deshalb an, die Kuh zu schlachten. Zugleich eröffnete er dem Landwirt, der ihm bis dahin freundlich entgegengekommen war, daß er keinerlei Ansprüche auf Entschädigung wegen Maul- und Klauenseuche bescheinigen könne. Hierauf erwiderte ihm der Landwirt, er sei Vorstand des Landwirtschaftlichen Ortsvereins und werde den Vorfall am nächsten Sonntag in der Versammlung zur Sprache bringen. Als ihm der Kreistierarzt erwiderte, daß ihm das wohl wenig nützen werde, wurde M. deutlicher. Am übernächsten Sonntag sei Sitzung des Kreisvereins in Warendorf. Er werde dafür sorgen, daß Dr. R. in Warendorf keine Praxis mehr habe. Erst auf das Drängen des Amtmanns, der betonte, daß man über diesen Vorfall und über die Bedrohung allgemein spreche, machte Dr. R. Anzeige. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht in Münster, in der der Angeklagte selbst nicht anwesend war, sondern durch einen Rechtsanwalt vertreten wurde, führte die Partei M. an, daß ihm am gleichen Tage 21 Ferkel und ein Mastschwein infolge der Seuche eingegangen seien, und daß er stets der Meinung gewesen sei, daß die Kuh seuchenkrank war. Die Ansichten über die Entschädigungsansprüche teilten sich; während Tierarzt B. für jedes auch indirekte Opfer der Seuche Entschädigungsansprüche für gerechtfertigt hielt, vertrat der Vertreter des Kreistierarztes die Ansicht, daß nur im Falle, daß Maul- und Klauenseuche die direkte Todesursache sei, die Entschädigung durch die Provinz in Frage komme. Als Sachverständiger trat der Direktor des bakteriologischen Institutes, Dr. Sachweh, der Ansicht des Kreistierarztes bei, daß Blutvergiftung die Todesursache war. Maul- und Klauenseuche sei nicht nachgewiesen worden. Der Staatsanwalt beantragte gegen M. wegen Beamtennötigung und versuchter Erpressung zwei Wochen Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Nur in Rücksicht auf das hohe Alter des Angeklagten ließ es das Gericht bei einer Geldstrafe von 40 Mark bewenden, da es den Vorfall nur als eine Entgleisung ansah.

□ **Havixbeck,** 25. Jan. (In der Sitzung der Gemeindevertretung) handelte es sich zunächst um eine nochmalige Beschlußfassung über die Gemeindestraße in Lasbeck. In der letzten Sitzung war beschlossen worden, daß die Erneuerung unter der Bedingung ausgeführt werden sollte, daß die Interessenten die An- und Abfuhr der Steine und das Einbauen der Steine besorgten. Ferner wurde bestimmt, daß die Strecke von Drerup-Potthoff bis zur Aa ausgeschlossen werde. Der Vorsteher der Bauerschaft Lasbeck ist um Stellungnahme zu diesem Beschluß ersucht worden. In dessen Antwortschreiben heißt es, daß die Interessenten keineswegs bereit seien, das Einbauen der Steine zu besorgen, daß sie dagegen wohl bereit wären, beim Einbauen der Steine einige Tage behilflich zu sein. Infolgedessen kam diese Angelegenheit nochmals zur Sprache. Der Vorsitzende legte einen Kostenanschlag des Kreisbaumeisters vor, der mit 1600 Mark abschließt. Die Strecke von Drerup-Potthoff bis zur Aa ist nicht berücksichtigt, während der frühere, in den die Strecke von Drerup-Potthoff bis zur Aa einbegriffen war, mit 2100 Mark abschloß. Für die An- und Abfuhr der Steine waren im Kostenanschlag 134,50 Mark vorgesehen. Da die An- und Abfuhr aber von den Interessenten geleistet wird, hätte die Gemeinde mit einer Ausgabe von 1465,50 Mark für die Erneuerung des Gemeindeweges in Lasbeck zu rechnen. Der Kreisbaumeister riet aber, die ganze Strecke ausführen zu lassen. Es handelte sich nunmehr darum, zu beschließen, ob die ganze Gemeindestraße, also einschl. der Strecke von Drerup-Potthoff bis zur Aa ausgeführt werden und ob von der Bedingung betr. das Einbauen der Steine durch die Interessenten abgesehen werden soll. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, daß die Strecke von Drerup-Potthoff bis zur Aa nicht ausgeführt wird, dagegen das Einbauen der Steine, wofür im Kostenanschlag 149 Mark vorgesehen sind, von der Gemeinde übernommen wird. Darauf schritt man zur Festsetzung der Jahresrechnung 1925. Die Einnahme der Gemeindekasse betrug 187 915 Mark, die Ausgabe 185 391 Mark. Die Einnahme der Elektrizitätskasse betrug 18 142 Mark, die Ausgabe 18 675. Die Einnahme der Wohlfahrtskasse schloß ab mit 15 079 Mark, die Ausgabe mit 14 878 Mark. Die Rechnung wurde genehmigt und der Verwaltung und dem Rendanten Entlastung erteilt. Der Vorsitzende machte dann der Versammlung den augenblicklichen ungünstigen Stand der Elektrizitäts- und Wohlfahrtskasse bekannt. Sodann handelte es sich um die Schwammbeseitigung in einer Lehrerdienstwohnung. Ein genaues Bild über die Höhe der Kosten ließ sich nicht geben, da es sich erst bei Aufbruch des Fußbodens zeigt, wie weit der Schwamm um sich gegriffen hat. Man kam zu dem Beschlusse, die Arbeiten sofort, und zwar durch Eingesessene ausführen zu lassen.

w **Haltern,** 26. Jan. (Unvorsichtige Handhabung einer Schußwaffe.) Am Sonntag, den 4. November v. Js. ereignete sich auf dem Feldwege nach dem Gehöft Dörenbrock ein Unglücksfall, der jetzt ein Nachspiel vor dem Schöffengericht in Münster hatte. Mehrere junge Leute kamen von einer Familienfeier, die einen Teil der Nacht angedauert hatte. Sie trugen noch ihre Musikinstrumente, Lauten und Mandolinen, bei sich. In der Mitte des Weges kam den Leuten der Revierjäger Franz M entgegen, der besonders auf einen der jungen Leute namens O., dessen Hund ihm einmal die Hose zerrissen hatte, nicht gut zu sprechen war. Als sich der radfahrende Jäger in Höhe der jungen Leute befand, krachte plötzlich ein Schuß; der junge O. fiel getroffen zu Boden. Die Begleiter des jungen Mannes wollten sich in der ersten Aufregung auf den Jäger stürzen, so daß dieser fliehen mußte. Wegen dieses Vorfalles mußte sich nun der Revierjäger M vor dem Schöffengericht in Münster wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. M. erklärte, daß er sich auf einem Reviergange befunden habe. Sein Gewehr habe er geladen gehabt, weil in der Halterner Gegend die Wilddiebe den Jägern und Förstern viel zu schaffen machten. Für einen solchen Fall habe er stets sein Gewehr schußbereit halten müssen. An demselben Tage seien auch in einem Nachbarrevier Wilddiebe festgenommen worden. Er sei auf seinem Fahrrade über den bezeichneten Feldweg gefahren und habe das Gewehr geladen und gesichert auf der Schulter getragen. Die ihm entgegenkommenden Leute seien betrunken gewesen. Es müsse ihm wohl jemand an den Abzugshahn gekommen sein. Anders könnte er sich den Schuß nicht erklären. Der junge O. stritt entschieden ab, daß er oder einer seiner Freunde betrunken gewesen seien. Der Schrotschuß sei ihm in das Bein gedrungen, aber auch der Arm habe einzelne Körner mitbekommen. Noch heute habe er im Bein eine Menge Schrotkörner sitzen. Der Zeuge konnte nur schwerfällig an Stöcken gehen. Der Staatsanwalt hielt eine große Unvorsichtigkeit des Angeklagten M. für gegeben. Er beantragte eine Geldstrafe von 250 Mark. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu 150 Mark Geldstrafe. Der Verletzte behielt sich seine Schadensansprüche vor. Das Gericht erblickte eine Fahrlässigkeit des Angeklagten darin, daß er sich mit einem geladenen Jagdgewehr auf sein Fahrrad gesetzt habe.

○ **Ochtrup,** 26. Jan. (Feuer.) In der vergangenen Nacht brannte der Schuppen mit Stallung des Landwirtes Fr. Delerich, Horst und Wall, bis auf die Grundmauern nieder. Das Vieh konnte gerettet werden, nur ungefähr 30 Hühner und der Hofhund verbrannten. Die Entstehung des Feuers ist unbekannt.

w **Hamm,** 26. Jan. (Urkundenfälschung.) Der Kaufmann Hermann W. betrieb hier ein Geschäft in Bildern. Er hatte auch mehrere Reisende angestellt. Mit der Reisenden Ida K. bekam er Differenzen. In einem Prozeß behauptete er, die Ida K. sei in seinem Hause gewesen und habe einen Vertrag unterschrieben, was die K. unter Eid abgestritten hatte. Darauf wurde ein Verfahren wegen Meineides gegen sie angestrengt. Als dieses Verfahren wegen mangelnder Tatbestände eingestellt werden sollte, legte W. der Staatsanwaltschaft einen mit der gefälschten Unterschrift der K. versehenen Vertrag vor. Doch W hatte mit seinen Anschuldigungen kein Glück. Die Staatsanwaltschaft ließ durch einen Sachverständigen die Unterschrift untersuchen, und da diese gefälscht war, drehte sie den Spieß um und erhob Anklage gegen W., der jetzt vom Schöffengericht Münster wegen schwerer Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

♂ **Lippstadt,** 25. Jan. (Keine Verluste der Städt. Sparkasse.) Zu hier umlaufenden Gerüchten über die Städt. Sparkasse teilt das Kreisblatt für den Kreis Lippstadt, der „Patriot", u. a. mit: Einem hiesigen Kaufmann, der einen Steinbruch in Kesselbach bei Giehen käuflich erworben hat, ist gegen entsprechende ausreichende Sicherheit ein Kredit von 50 000 Mark vom Vorstand der Städtischen Sparkasse bewilligt worden. Dieser Kredit ist um rund 100 000 Mark überschritten. Die Gesamtforderung von 150 000 Mark ist als erste Hypothek auf den modern ausgebauten Basaltsteinbruch, der monatlich etwa 5000 Mark Reingewinn abwirft, eingetragen. Der monatliche Reingewinn soll vertraglich an die Sparkasse der Stadt Lippstadt abgeführt werden, so daß in absehbarer Zeit eine Amortisation des Kapitals erfolgt. Es ist absolut kein Risiko vorhanden; die Stadt verliert an der Angelegenheit keinen Pfennig. Gegen den Direktor der Sparkasse ist nach erfolgter Buchrevision seitens der vorgesetzten Behörde ein Disziplinarverfahren eröffnet worden, dessen Ausgang man abwarten muß, ehe man sich in der schwebenden Angelegenheit ein Urteil gestatten darf. Die umlaufenden Gerüchte werden in unverantwortlicher Weise aufgebauscht und entsprechen in den meisten Punkten nicht der Wahrheit.

n **Annen,** 25. Jan. (Im Rausch erstochen.) Auf dem Nachhausewege von einer schweren Zecherei in Witten geriet der 19 Jahre alte Gustav Wollenweber in der Nähe seiner Wohnung in der Karlstraße in Streit mit den Brüdern Heintz, der in Tätlichkeiten ausartete. Als er sich mit Louis Heintz auf der Straße herumwälzte, erhielt er von seinem Gegner einen Messerstich in den Hals. Er vermochte sich noch nach Hause zu schleppen und brach dann zusammen. Noch in der Nacht wurde er in das Diakonissenhaus gebracht und operiert; aber sein Zustand ist hoffnungslos. Heintz wurde in Haft genommen.

§ **Dortmund,** 25. Jan. (1000 Mark Belohnung.) Bekanntlich wurde im November v. Js. die Stationskasse des Dortmunder Hauptbahnhofs durch Vorlegung falscher Anweisungen um 49 986,50 Mark betrogen. Der Abholer des Geldes und ein anderer Mittäter sind festgenommen worden. Vergeblich wird bisher nach dem flüchtigen Emil Dörenberg aus Dortmund-Brakel und nach den in die Sache verwickelten auswärtigen Eisenbahnbediensteten gesucht. Auf Ermittlung dieser und Herbeischaffung des Geldes hat die Reichsbahndirektion in Essen jetzt eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Halle i. W., (Vom Lastauto getötet.) Ein Fuhrwerk des Kaufmanns Biewener aus Markendorf bei Melle (Hannover) fuhr vorschriftsmäßig, aber unbeleuchtet auf der rechten Seite der Straße nach Bruchmühlen. Ein Lastkraftwagen, der auf der linken Seite der Straße fuhr, bemerkte das unbeleuchtete Fuhrwerk nicht. Es kam zum Zusammenstoß, wobei der Lenker des Fuhrwerks, der Knecht Kammeier, unter das Lastauto geriet. Er wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

U. S. A.

Von See- und Landfahrten.
Von Georg Timpe, P. S. M.
14.

Winnipeg, Kanada, 16. Dez. 1926.

Eine Eisenbahnfahrt an sich ist schon keine reine Freude, um wieviel weniger eine von zwei Nächten und zwei Tagen. Die Nächte lassen sich eher aushalten, vorausgesetzt, daß die Schlafwagen gut sind. Mit den Tagen weiß ich aber schon im Laufe des ersten nicht, was anfangen. Zeitung lesen! Höchstens eine oder die andere Seite. Ein Buch! Ist noch langweiliger. Wenn nun erst die Gegend zu langweilen anfängt, was denn?

Viel Abwechslung bietet die Strecke zwischen Ottawa und Winnipeg nicht. Jedenfalls nicht im Winter. Eine Zeitlang freut man sich an den weiß bestreuten Fichten, an den vom Wetter geworfenen kleinen und großen Bäumen und an den felsigen Bergkuppen. Sieht man sie aber Stunde um Stunde, dann werden die Wälder traurig und wüst. Dann lauert hinter jeder Felswand die Frage: suchst du hier Farmer! Und jedesmal antworte ich: gewiß suche ich sie — wird denn nicht Kanada immer als das Paradies für endlose Farmen gepriesen? Wo sind denn die Farmen? Wo sind die Scheunen und Ställe, wo die Häuser der wohlhabend gewordenen Farmer?

Denn was ich an Menschenwohnungen hier sehe, sind elende Hütten, und von Rußland ist kaum soviel da, daß ein paar Kühe darauf satt werden können. Auch die Dörfer und Städte, durch die wir eilen, machen keinen besseren Eindruck, und oft frage ich mich: warum hält denn unser Blitzzug an diesen armseligen Plätzen! Vom Holzhandel können doch diese Menschen nicht leben. Denn was uns an Bäumen begegnet, sieht mehr nach Brennholz aus, als daß es die Fracht lohnen dürfte.

Wir fuhren in der Nacht von Ottawa ab. Was der Fleiß der französischen Kanadier in jahrhundertelanger Arbeit aus diesem ersten Teil des Ostens gemacht hat, entzog uns die Nacht. Darum will ich auch gern glauben, was der Tag verbirgt, nämlich die ungehobenen Schätze der Berge. Nur ab und zu treten sie schon in den Silber- und Nickelbergwerken zu Tage. Wieviel von diesen Schätzen werden spätere Jahrzehnte aus diesen Steinen und deren Hügeln ans Licht schaffen. Für unsere deutschen Auswanderer kommen diese Gegenden und diese Arbeiten nicht in Frage. Denn wenn sie auswandern müssen, dürfen sie es nur tun, um freie Herren auf eigenem Boden zu werden, nicht aber, um als Lohnsklave ewig unfrei zu sein.

Die Fahrt wäre noch langweiliger gewesen, hätte nicht die Eisenbahngesellschaft selbst etwas für Unterhaltung und Belehrung gesorgt. Während die Deutsche Reichsbahn ihre Verpflichtungen für erledigt hält, wenn sie den Fahrschein verkauft hat und alles andere höheren Gewalten anheim gibt, geht man auf diesem Erdstrich einen Schritt weiter. Man nimmt sich des persönlichen Wohlbefindens des einzelnen Fahrgastes rührend an. Man händigt ihm erstens ein Kursbuch der Linie mit allen Anschlüssen ein, ganz umsonst, für Liebhaber von Kursbüchern dankbarst begrüßt. Man läßt es mit dieser rein zahlenmäßigen Belehrung nicht genug sein, man fügt zweitens einen guten Reiseführer hinzu. Darin wird man auf die wichtigen Punkte der Strecke hingewiesen, auf die Höhenunterschiede, das Klima, die Kinos, selbst die Angelplätze sind nicht vergessen. Man nennt das Ganze: How to see Canada — Wie Canada anzusehen. Man betreibt so Landeskunde und Landesliebe — ob vom geschäftlichen Standpunkt aus bleibt schließlich gleichgültig: die Reichsbahn nennt sich ja auch ein geschäftliches Unternehmen. Drittens wird man in diesen Langstreckenwagen nicht durch stumpfsinnige Reklamen angeödet, die einen zum Wahnsinn treiben müssen, wenn man sie zwei Tage unverwandt vor sich hätte.

Sogar im Speisewagen hört die freundliche Belehrung nicht auf. Die Speisekarten sind keine blauen Blätter, die schon durch dutzende von fettigen Fingern gegangen, sondern sind mehrfarbig und für jede Mahlzeit verschieden.

So wurde ich am ersten Morgen über Zauberbräuche der indianischen Medizinmänner aufgeklärt; die Vorderseite der Speisekarte zeigte einen solchen Medizinmann im Schmuck vor seinem Zelt. Am Mittag erfuhr ich, daß die Süd-Sioux-Indianer das Pferd den heiligen Hund nennen, und die Nord-Sioux-Indianer den großen Hund, weil sie für ihren Gebrauch nur Hunde gekannt hätten und die Pferde erst spät eingeführt worden wären. Auch erfuhr ich, daß die Schwarzfuß-Indianer ihren Pferden die Schwänze aufbinden, wenn sie auf den Kriegspfad ziehen. Wenn ich nachher etwas belehrend werden sollte, dann habe ich diese Weisheit nicht etwa aus einem dicken Kanadabuch, sondern von diesen feinen Speisekarten. Ich habe sie mir als Andenken mitgenommen. Man erhält sie in Umschlag vom Tischdiener und zwar ohne Trinkgeld. Es steht darauf gedruckt: Dies ist ein Andenken unserer Reise durch Kanada von der Canadian Pacific, der Linie von unübertroffener Szenerie und von unübertroffenem Dienst!

Mir war es, als bekäme ich bei jeder Mahlzeit neue Augen, keine richtenden, sondern freundliche, verstehende, und ich träumte .... Ich sah viele Deutsche, wie sie ihr Land ganz anders ansahen .... wie sie es liebgewannen .... wie sie wünschten, es immer besser kennen zu lernen .... Und ich sah viele Fremde, die es bewunderten, weil .... ach, es war nur ein Traum!

So sah ich denn auch die Zwillingsstädte Fort William und Port Arthur mit verbesserten Augen. Es waren keine zerstreuten Plätze mit halbfertigen Straßen. Es war auch kein zufällig zugefrorenes Wasser, an dem sie lagen. Und die Dampfer im Eis waren keine kleinen Lastschiffe oder Vergnügungsdampfer. Ich sah die beiden als die Weltstädte für den Handel mit dem kanadischen Weizen. Ich staunte über die gewaltigen Elevators (Getreidebehälter), die überall aufragten. Sechsunddreißig sollen es sein und über 64 500 Millionen Bushel *) Getreide sollen sie fassen können. Außerdem sollen hier 30 Millionen Dollar in Fabriken aller Art angelegt sein.

Auch meine Vorstellung über Winnipeg habe ich auf dem Wege dahin stark umstellen müssen. Man kommt leider nicht weit mit den ganzen Anschauungen, die einem durch Schule und ähnlichen volkstümlichen Einrichtungen beigebracht werden. Das war früher so, das ist auch heute nicht viel anders. Ich möchte wirklich einmal wissen, was ein heutiger Tertianer von Winnipeg weiß. Wahrscheinlich, daß da auch heute noch die Indianer wild herumlaufen — wenn er überhaupt etwas von Winnipeg weiß! Daß an seinem jetzigen Platz im Jahre 1738 von den französischen Entdeckern ein Fort gebaut worden, wird kaum ein französischer Schuljunge wissen, nicht einmal ein französischer Geschichtsforscher. Auch nicht, daß eine englische Handelsgesellschaft dort 1806 eines baute, es 1822 erneuerte und 1835 wieder. Auch nicht, daß es 1871 nur 251 Einwohner hatte, und daß erst sein Aufstieg begann, als die Canadian Pacific Eisenbahn gelegt wurde. Auch nicht, daß es mit seinen 191 000 Einwohnern jetzt die drittgrößte Stadt Kanadas ist **), und daß es eine Universität hat und ein prächtiges Landtagsgebäude. Aber das dürfte er wissen, daß es die Hauptstadt der Provinz Manitoba ist und vor allem, daß es der größte Weizenmarkt des britischen Weltreiches ist.

*) 1 Buschel = 0,35 Hektoliter.
**) Montreal 618 000, Toronto 522 000, Ottawa 108 000.

Eine Stadt, die das von sich sagen kann, muß ein gewaltiges Hinterland haben, wo diese Getreidemassen erzeugt werden. Dies Hinterland muß auch fruchtbar sein und muß Möglichkeiten zu weiterer Entwicklung haben, wo seine „Entdeckung" erst wenige Jahrzehnte zurückliegt. Ein Land solcher Möglichkeiten kann auch nicht schlecht oder zu rauh sein; wie wäre sonst Maß und Entwicklung denkbar. Wenn wir also über dies Land bisher andere Anschauungen hatten, dann bleibt nichts anderes übrig, als sie zu ändern oder sie wie wir das so schön ausdrücken, dem neusten Stand der wissenschaftlichen Forschungen anzupassen. Welchen Anteil an dieser Entwicklung haben bislang Deutsche gehabt oder welchen können sie weiter daran haben?

Diese Frage — die Kernfrage meiner Reise — wäre wirklich einmal eine wissenschaftliche Abhandlung wert. Sie könnte endlich die landläufigen schiefen Auffassungen über deutsche Ansiedlung in Kanada richtig stellen. Ich schreibe sie nicht, ich bin kein Wissenschaftler und will auch keiner mehr werden. Aber ich glaube denen, die das Land seit Jahrzehnten kennen — schließlich muß jeder Wissenschaftler ebenso glauben — und darnach glaube ich, daß dies Land deutschen Bauern eine gesicherte Zukunft bieten kann. Nicht etwa jenen, die ohne Polstermöbel und Kino nicht auskommen können. Auch nicht jenen Frauen, die ohne Wasserleitung und elektrisches Licht schon weinen müssen. Es taugt nur für jene, die in härtester Arbeit zu leben bereit sind, die keine Einsamkeit scheuen und vor allem keinen Winter, der seine fünf, sechs Monate dauert. Jene, die in selbstgezimmertem Bett auf Stroh schlafen wollen und sich statt des Fußbodens aus Brettern mit gestampftem Lehm begnügen. Die froh sind, wenn sie nur erst vier Wände haben, in die sie ihre Kisten zu einem kleinen Eisenherd hineinstellen können. Jene, denen es nichts ausmacht, wenn sie die Saat auch einmal in den Schnee hineinwerfen und die Garben aus dem Schnee herausholen müssen. Jene, die ganz bescheiden hierherkommen, die nicht die Verhältnisse, sondern sich selbst ändern — umstellen — wollen. Jene, denen nicht bloß die Heimat zu klein erscheint, sondern die auch die Weite zu meistern vermögen. Starke Menschen, wie die Heimat sie gerade jetzt am schwersten entbehrt, die nur aus Zwang hinausgehen müssen.

Das eine weiß ich heute schon: ich werde sie einem zurufen. Wer stark ist, der nimmt es mit jeder Schwierigkeit auf. Es kommt vor, daß die Not stark macht. Nicht immer zwingt sie zur Arbeit. Das tut nur eines: der Winter. Und der ist es, der dies Land säubert und heilbringend.

Beschlüsse des Provinzialausschusses der Provinz Westfalen

Der Provinzialausschuß faßte in seinen Sitzungen am 24. und 25. Januar u. a. folgende Beschlüsse:

Dem Westfäl. Pfandbriefamt für Hausgrundstücke wurde aus Mitteln der Landesbank ein Stammkapital von 1 Million Mark überwiesen.

Die Besitzung Warendorferstr. 26—28 wurde für Zwecke der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt angekauft.

Der Landwirtschaftskammer wurde für die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Dortmund eine Beihilfe von 20 000 Mark bewilligt.

Der Genossenschaftsversammlung soll die Genehmigung des Haushaltsplans der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für 1927 vorgeschlagen werden. Als Zeitpunkt für die Einberufung der Genossenschaftsversammlung wurde der 12. Februar 1927 in Aussicht genommen.

Zur Erhaltung von Kunstdenkmälern wurden in 11 Fällen Beihilfen im Gesamtbetrage von 19 400 Mark bewilligt.

An dem Basaltwerk Niedersachsen G. m. b. H. zu Warburg wird sich die Provinz mit einem Betrage von 90 000 Mk. beteiligen.

Aus den im Haushaltsplan für soziale Fürsorge zur Verfügung stehenden Mitteln für Gesundheitspflege wurden bewilligt: a) dem Beihilfenstock der Arbeitsgemeinschaft von Trägern der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge Westfalens zur einheitlichen Förderung der Tätigkeit der westfälischen Tuberkulosefürsorgestellen 20 000 Mark; b) den bei den Regierungen zu Münster und Minden bestehenden Vereinen zur Bekämpfung der Tuberkulose je 5000 Mark; c) der Kinderheilstätte Cecilienstift in Bad Lippspringe zur Finanzierung des Neubaues 10 000 Mark; d) der Kinderheilstätte für Knochen- und Gelenktuberkulose in Sendenhorst zum Ausbau der Anstalt 10 000 Mark; e) der Kinderheilstätte für Knochen- und Gelenktuberkulose in Lippstadt zur Finanzierung des Neubaues 10 000 Mark; f) dem Auguste-Viktoria-Kinderheim zu Bad Oeynhausen zum Ausbau der Anstalt 5000 Mark; g) dem Ansgar-Kinderheim zur Bekämpfung der inaktiven Tuberkulose in Glücksburg zum Ausbau der Anstalt 10 000 Mark.

Beschlossen wurde die Bildung eines Landeswohlfahrtsausschusses beim Landesfürsorgeverband, dem angehören sollen: der Landeshauptmann bzw. der Dezernent des Landesfürsorgeverbandes, 2 Vertreter des Westfälischen Städtetages, 2 Vertreter des Westfälischen Landkreistages, 1 von der kommunalen Vereinigung für Gesundheitsfürsorge benannter Kommunalarzt, 1 Vertreter des Caritasverbandes, 1 Vertreter des Provinzialverbandes für Innere Mission, 1 Vertreter des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, 1 Vertreter des Zentralwohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft, die Landesversicherungsanstalt, zugleich als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern in der Provinz Westfalen.

Im übrigen beschäftigte sich der Provinzialausschuß mit der Vorberatung der Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1927. Als Zeitpunkt für das Zusammentreten des nächsten Provinziallandtages soll der Staatsregierung der 20. März 1927 in Vorschlag gebracht werden.

Lohnbewegung.

Der Lohnkonflikt in der Bielefelder Textilindustrie.

⊙ **Bielefeld**, 26. Jan. Wie berichtet, war in dem Lohnkampf in der Bielefelder Textilindustrie ein Schiedsspruch gefällt worden, der im wesentlichen eine Erhöhung der Zeitlöhne um 5,5 Prozent und der Akkordstücksätze um 3 Prozent vorsah. Für die 53. und 54. Arbeitsstunde war ferner ein Aufschlag von 10 Prozent festgesetzt. Während die Arbeitnehmer den Schiedsspruch annahmen, haben ihn die Arbeitgeber abgelehnt, weil er eine Verschlechterung der Arbeitszeit bringe und weil sie das Eingreifen des Schlichters in die Stücklohnsätze für ungesetzlich halten. Wenn keine Einigung vor dem Reichsarbeitsministerium zustande kommt, ist mit der Verbindlichkeitserklärung des alten Schiedsspruches zu rechnen, der bis zum 30. September den Arbeitsfrieden in der Bielefelder Textilindustrie wiederherstellen würde.

Briefkasten.

B. L 100. Wenn sich Ihr Vermögen entwertet hat, brauchen Sie auch nur entsprechend weniger zu zahlen. Vielleicht hat sich aber der Wert von Grundstücken erhöht.

Waldeck 100. 1000 Papiermark hatten am 10. Oktober 1920 einen Wert von 63,90 Goldmark.

Nr. 100. Hypothekenaufwertungsanträge mußten bis zum 1. Jan. 1926 gestellt sein.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Pionier des deutschen Maschinenbaues.

Zum 60. Geburtstag Geheimrat Prof. Dr. Walter Reichels.

Am 27. Januar vollendet Geheimrat Prof. Dr.-Ing. e. h. Walter Reichel, Mitglied des Vorstandes und Direktor des Dynamowerkes der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H., das sechzigste Lebensjahr. Nach Vollendung seiner Studien an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg trat er im Jahre 1889 bei der Firma Siemens u. Halske ein, und ist bei dieser Firma, bezw. seit der Gründung der Siemens-Schuckertwerke bei dieser letzteren Gesellschaft, bis heute tätig mit einer vierjährigen Unterbrechung während der Jahre 1904 bis 1908, während welcher Zeit er als außerordentlicher Professor an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg als Hochschullehrer wirkte.

Bis zu dieser Unterbrechung war die elektrische Zugförderung das Gebiet, auf dem Reichel mit großem Erfolg tätig war und sich hervorragende Verdienste erwarb. Unter seiner Leitung wurden die ersten elektrischen Bahnen nach Lichterfelde, die Linie Berlin-Behrenstraße—Treptow, die elektrische Bahn Dresden, die erste elektrische Straßenbahn in Genua vorbereitet, gebaut und in Betrieb gesetzt. Auch für die elektrische Hoch- und Untergrundbahn Berlin hat Reichel wichtige Konstruktionen entworfen, den Bau und die Inbetriebsetzung geleitet und den Betrieb während der ersten Zeit geführt. In hervorragender Weise war Reichel an den Vorarbeiten und Versuchen mit der Schnellbahn Marienfelde—Zossen beteiligt. Nach Beendigung seiner Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg trat Reichel in den Vorstand der Siemens-Schuckertwerke ein und widmete sich als Direktor des Dynamowerkes dieser Firma von da ab ausschließlich der Entwicklung des Großmaschinenbaues.

Geheimrat Reichel ist im Jahre 1903 an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg zum Dr.-Ing. promoviert worden. Später wurde ihm der Dr.-Ing. e. h. von der Technischen Hochschule zu München und das Ehrenbürgerrecht von der Technischen Hochschule zu Karlsruhe verliehen.

Düsseldorfer Kurenbörse.

tu **Düsseldorf**, 26. Jan. (Tel.) Auf dem Kohlenmarkt beanspruchten auch heute die schweren Werte das Hauptinteresse. Ewald waren um 100 Mark höher gefragt. In König Ludwig entwickelte sich zu anziehenden Preisen größeres Geschäft. Die Kure konnten schließlich einen Gewinn von 2000 Mark davon tragen. Bei mittleren Werten gewannen Karoline 150 und Mevissen 200 Mark. Auch Graf Schwerin etwas gebessert. Kohlenaktien wechselten auf gestriger Basis ihre Besitzer, nur Dahlbusch eine Kleinigkeit schwächer. Der Braunkohlenmarkt bot keine Anregung. Auf dem Kalimarkt standen Gumpelwerte im Vordergrund des Interesses. Besonders fielen Oberhof wieder durch eine weitere Steigerung von 500 Mark auf. Auch Hindenburg Königshall weiter gesucht. In Burbach-Kuxen waren Beienrode und Burbach sowie Volkenroda etwas billiger zum Verkauf gestellt. Von Kaliaktien gaben Kali-Industrie weiter 2 Prozent nach. Dagegen lagen Krügershall, Niedersachsen und Wittekind gut behauptet. Auf dem Industrieaktienmarkt waren bei einzelnen Werten kleine Kursrückgänge zu verzeichnen, so in Kabel Rheydt, Uerdinger Waggon und Elsa Zement über 2 Prozent nicht hinaus.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 26. Jan. (Tel.) Berlin 123 1/16; Wien 73,25; Prag 15,37¼; Holland 207,48¾; Newyork 5,19¼; London 25,19½; Paris 20,52; Italien 22,25; Brüssel 72,20; Kopenhagen 138,32½; Stockholm 138,55; Oslo 132,50; Madrid 85,5.

tu **Amsterdam**, 26. Jan. (Tel.) London 12,14⅛; Berlin 59,29½; Paris 9,88½; Schweiz 48,12½; Wien 35,12; Kopenhagen 66,70; Stockholm 66,75; Oslo 63,95; Newyork 2,50 3/16; Brüssel 34,78½; Madrid 40,97½; Italien 10,63.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 26. Jan. (Tel.) Kaffee: Brasilofferten unverändert. Terminpreise waren etwas höher. Der Lokomarkt hatte mittelmäßiges Geschäft. Es notierten Santos spezial 108—116; extra prima 90—104; prima 90—94; superior 87—90; good 83—87; Rio 74—80; gewaschene Rio 125—190. Kakao: Die Tendenz war unter dem Einfluß schwächerer Newyorker Notierungen etwas abgeschwächt, das Geschäft infolgedessen klein. Auf Abladung Januar-Februar war superior epoca ariba zu 85 Sh. im Markt. Im allgemeinen hielt die erste Hand weiter mit Offerten zurück. Man notierte accra good fermented 72; Bahia superior 77,6; thomee superior loko 73,6—74; Januar-März 73,6; trinidad Plantation loko 83—84; Januar-März 78—79; Machala Januar-Februar 83,6 Sh. Reis: Bei stetiger Tendenz und unveränderten Preisen kamen neben dem gewohnten Bedarfsgeschäft auch einige Abschlüsse zu Exportzwecken zustande. Auslandszucker: Der Markt behielt bei kleinem Geschäft zu letzten Preisen ruhiges Gepräge. Schmalz: Tendenz fest. Amerikanisches 31,75, raffin. 32,25—32,75; Hamburger Schmalz 38 Dollar je 100 Kilo netto. Getreide: Infolge der festeren Auslandsmeldungen war die Stimmung etwas befestigt, das Geschäft blieb indessen nur mäßig. Preise unverändert. Mehl: Tendenz fest. Weizenmehl: Auszugsmehl hies. Mühlen 46—46,5; Bäckermehl hies. Mühlen 40,5—40,75; Auszugsmehl int. Mühlen 40,5—42,5; Weizenmehl int. Mühlen 33,5—35,5; Weizenmehl amerikan. 8—9. Roggenmehl: 70prozentiges Roggenmehl hies. Mühlen 37,5—½—39,25; Roggengrobmehl hies. Mühlen 29,75—31; 70prozentiges Roggenmehl int. Mühlen 35—36; Roggengrobmehl int. Mühlen 28—29. Hülsenfrüchte: Auch heute blieb das Geschäft bei unveränderten Preisen und ruhiger stetiger Marktlage in engen Grenzen. Futtermittel: Das Geschäft am Futtermittelmarkt ist sehr ruhig geworden. Es macht sich nur ab und zu etwas Nachfrage bemerkbar, ohne jedoch zu Abschlüssen zu führen. Die Preise blieben nominell unverändert. Hafer 13; Mischfutter 12.50 Häckfel 4.50; Wiesenheu gebündelt 7; Preßstroh 4,00. Oele und Fette: Tendenz ruhig. Preise unverändert. Chemikalien: Tendenz ruhig, Preise unverändert. Paraffin und Wachs: Japan Carnauba und Bienenwachs liegen weiter fest, sonst ruhig.

Amerikanische Getreidenotierungen.

tu **Chicago**, 26. Januar. (Tel.) Schlußkurse.

		26. 1.	25. 1.			26. 1.	25. 1.
Weizen	Mai	142¼	142	Hafer	Mai	47¾	49
"	Juli	133¼	132¾	"	Juli	48¼	48⅛
"	Sept.	129⅝	129⅝	"	Sept.	48⅞	48⅝
Mais	Mai	82⅞	81⅝	Roggen	Mai	109¼	108¼
"	Juli	85¾	84⅞	"	Juli	104	103
"	Sept.	87⅛	86⅞	"	Sept.	100	99¼

tu **Newyork**, 26. Januar. (Tel.) Schlußkurse.

	26. 1.	25. 1.		26. 1.	25. 1.
Weizen 2, rot	153⅛	153	Roggen, exp.	120	119
hart	163¼	163	Mehl, clear pat.	7,10	7,10
Mais 2	91⅛	89⅞	Gen.-Fr. Engl	2,6	2,1
Hafer 3	60¼	60	ota. nach o. Kont	17—18	17—18

Metallnotierungen.

tu **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) Kupfer: Jan. Brief 115,5, Geld 115; Febr. bez. 115,5, Brief 115,5, Geld 115,25; März bez. 115,5, Brief 115,75, Geld 115,5; April Brief 116, Geld 115,75; Mai bez. 116,25, Brief 116,25, Geld 116; Juni Brief 116,5, Geld 116,25; Juli bez. 116,75, Brief 116,75, Geld 116,5; Aug. bez. 115—115,75, Brief 115,75, Geld 115; Sept. Brief 115,5, Geld 115,5; Oktober Brief 115,75, Geld 115,75; Nov. Brief 116, Geld 116; Dez. bez. 116,25, Brief 116,25. Tendenz: stetig. Blei: Jan. Brief 53,75, Geld 53,25; Febr. bez. 53,5—53,25, Brief 53,5, Geld 53,25; März Brief 53,75, Geld 53,5; April, Brief 54, Geld 53,5; Mai Brief 53,75, Geld 53,5; Juni bez. 53,75, Brief 53,75, Geld 53,75; Juli Brief 54, Geld 53,75; Aug. bez. 54, Brief 54, Geld 54; Sept. Brief 54, Geld 54; Okt. Brief 54, Geld 54; Nov. bez. 54, Brief 54,25, Geld 54; Dez. Brief 54,25, Geld 54. Tendenz: befestigt.

tu **Hamburg**, 26. Jan. (Tel.) Silber: Brief 79,5; Geld 78,5; Zink: Brief 60; Geld 59. Terminnotierungen. Kupfer: Januar Brief 115,25; Geld 114,5; Februar Brief 115,5; Geld 115; März bezahlt 115,75; Brief 115,75; Geld 115,5; April Brief 116; Geld 115,75; Mai Brief 116,25; Geld 115,75; Juni Brief 116,5; Geld 116; Juli Brief 116,75; Geld 116,25; August Brief 117,25; Geld 116,5; September Brief 115,75; Geld 115; Oktober Brief 116; Geld 115,5; November Brief 116,5; Geld 116; Dezember Brief 116,75; Geld 116,25; Tendenz: ruhig. Zinn: Januar 598; Geld 586; Februar Brief 594; Geld 587; März Brief 588; Geld 580; April Brief 588; Geld 578; Mai Brief 583; Geld 577; Juni Brief 581; Geld 576; Tendenz: ruhig.

tu **London**, 26. Jan. (Tel.) Schluß. Kupfer-Standard per Kasse 54⅝—54,75; per 3 Monate 54,25—54⅝; Elektrolytkupfer per Kasse 54,75; per 3 Monate —; Best Selected 62—62,25; Zinn-Standard per Kasse 291,75—292; per 3 Monate 287¾—288; Blei per Kasse 26⅝; per 3 Monate 26⅜; Zink per Kasse 29⅝; per 3 Monate 29 5/16; Silber per Kasse 26,25; per 3 Monate 26; Gold 84,11¼.

Baumwollnotierungen.

tu **Liverpool**, 26. Jan. (Tel.) Schluß. Januar 7,01; März 7,07; Mai 7,17; Juli 7,28; Oktober 7,35; Dezember 7,41; Tendenz: willig.

tu **Newyork**, 26. Jan. (Tel.) Eröffnung. März 13,28—13,30; Mai 13,50—13,52; Juli 13,68—13,71; Oktober 13,90—13,91; Dezember 14,10—14,11; Tendenz: schwach.

tu **Newyork**, 26. Jan. (Tel.) Schluß. März 13,19—13,20; Mai 13,41—13,42; Juli 13,61; Oktober 13,82; Dezember 14,01; loko 13,50; Tendenz: kaum stetig.

tu **Newyork**, 26. Jan. (Tel.) Zweite. März 13,29; Mai 13,49; Juli 13,69; Oktober 13,90; Dezember 14,08; Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 26. Jan. (Tel.) Eröffnung. März 13,30; Mai 13,47; Juli 13,61; Oktober 13,77; Dezember —; Tendenz: kaum stetig.

tu **New Orleans**, 26. Jan. (Tel.) Schluß. März 13,19—13,20; Mai 13,38—13,39; Juli 13,53—13,54; Oktober 13,70—13,71; Dezember 13,83; loko 13,20; Tendenz: stetig.

Viehmärkte.

tu **Berlin**, 26. Jan. (Tel.) Auftrieb: Rinder 1039, darunter Ochsen 236, dito Bullen 220, dito Kühe und Färsen 583, Kälber 2161, Schafe 3019, Schweine 11211, zum Schlachthof direkt seit letztem Markt: 1975, Auslandsschweine 1415. Verlauf: bei Rindern ziemlich glatt, bei Kälbern und bei Schafen glatt, bei Schweinen langsam, bei Schluß erheblicher Ueberstand. Preise: Ochsen a) 59—62, a2) —, b1) 54—57, b2) —, c) 48—50, d) 43—46; Bullen a) 55—58, b) 52 bis 54, c) 48—50, d) 45—46; Kühe a) 46—51, b) 36—42, c) 25 bis 30, d) 20—22; Färsen a) 58—60, b) 51—55, c) 44—48; Fresser 38 bis 45; Kälber a) —, b) 78—90, c) 57—72, d) 45—54; Schafe a1) —, 2a 56—59, b) 48—53, c) 40—45, d) 30—35; Schweine a) —, b) 68—70, c) 65—68, d) 62—65, e) 58—61; Sauen 58—60.

Handelsnachrichten.

Westfälische Eisen- und Drahtwerke A.-G., Langendreer. Die H. V. dieser zum Konzern der Ver. Stahlwerke A.-G., Düsseldorf gehörenden Gesellschaft beschloß den Verlust des abgelaufenen Geschäftsjahres 1925/26 in Höhe von 2 433 357 RM. mit 987 347 RM. aus der Reserve zu decken; der Rest der Unterbilanz findet Deckung in den durch die Herabsetzung des A.-K. auf 5 552 000 RM. erzielten buchmäßigen Gewinnen, die, soweit sie nicht zur Deckung des Verlustes bestimmt sind, zur Wiederauffüllung der Reserve Verwendung finden. Im Hinblick auf das ungünstige Ergebnis zog der Aufsichtsrat den Antrag einer festen Vergütung für den A.-R. für das abgelaufene Geschäftsjahr zurück. Aus dem A.-R. sind ausgeschieden Geh. Komm.-Rat P. Klöckner, Duisburg, Generaldirektor Dr. Springorum (Eisen- und Stahlwerk Hoesch), Dortmund und Direktor Dr. Klopbach (Friedr. Krupp A.-G.), Essen. An deren Stelle wurde nur eine Neuwahl vorgenommen und zwar ist gewählt worden Generaldirektor Dr. Friedrich Flick, Berlin-Grunewald (Vorstand der Charlottenhütte A.-G., Niederschelden), die gleichfalls zum Konzern der Ver. Stahlwerke A.-G., Düsseldorf gehört.

Deutschland, der führende Kunstseiden-Importeur der U. S. A.

Die soeben herausgegebenen amerikanischen Kunstseiden-Import-Statistiken für das Jahr 1926 ergeben, laut „Konfektionär", eine wertmäßige Steigerung von 200 000 Dollar und belaufen sich auf 8,3 Millionen Dollar; mengenmäßig ist der Kunstseiden-Import noch viel erheblicher und zwar von 7, auf 9,1 Millionen lb. gestiegen. Es ist nun überaus bemerkenswert, daß es Deutschland im Jahre 1926 gelungen ist, an die Spitze der ausländischen Kunstseiden-Importeure in den U. S. A. zu gelangen. Der Wert der deutschen Importe belief sich auf 2,4 Millionen Dollar gegen 1,9 Millionen im Jahre 1925. Mengenmäßig erhöhte er sich sogar von 1,5 Millionen lb. auf 2,4 Millionen lb. Deutschland hat es innerhalb eines Jahres fertiggebracht, Italien, das im Vorjahre weitaus an der Spitze stand, auf die dritte Stelle zu verdrängen. Auch Holland hat einen ganz überraschenden Erfolg zu verzeichnen. Es verbesserte seine Einfuhrposition von 1 Million Dollar auf 3 Millionen Dollar, also auf mehr als das Doppelte.

Die Ferngasversorgung.

Berlin, 25. Jan. In der heutigen Vollversammlung der technischen Ausschüsse des Reichskohlenrates berichtete u. a. Generaldirektor Dr. Pott von der A. G. für Kohleverwertung über die Ferngasversorgung. Er führte aus, daß es nicht bezweckt sei, andere Kohlenbergbaureviere mit der Ferngaslieferung von der Ruhr her auszuschalten. Das geplante Ferngasnetz (Ruhr—Berlin), Ruhr—Küste, Ruhr—Kassel—Leipzig—Berlin—Leipzig—Kassel, Schlesien-Sachsen—Mitteldeutschland—München—Köln—Mannheim — Stuttgart) folgt den jetzigen Hauptrichtungen des Kohlenverkehrs, hat seinen zentralen Punkt in den verschiedenen Revieren und steht ihnen nach entsprechendem Ausbau zu gleichen Bedingungen offen. Eigene Gaserzeugung in den Städten und Ferngasbezug muß Hand in Hand gehen. Es ist im allgemeinen nicht beabsichtigt, nur an einen Gasversorgungsstrang anzuschließen. Der Plan sieht im endgültigen Ausbau eine Reihe von untereinander verbundenen Fernleitungen vor, z. B. für Berlin fünf sternförmig darauf zulaufende und untereinander ringartig zusammengeschlossener Verbindungsleitungen mit den verschiedenen Gebieten. Nur in Ausnahmefällen, wo eine Fernleitung besonders lang, einseitig beschickt und schlecht ausgenutzt wird, kann Ferngas teurer sein, wenn es mit neuzeitlichen großen Gaserzeugungsstädten konkurrieren muß. Es ist nie bestritten worden, daß es mit der Gasfernversorgung wirtschaftliche Grenzen gibt. Bei Ferngasbezug sind zur Deckung von Mehrbedarf an Gas keine Gewerkserweiterungen oder Neubauten, daher keine neuen Kapitalinvestierungen für die Gemeinden nötig, sondern die Hähne der Ferngasleitung werden einfach etwas weiter aufgedreht. Der Ferngaslieferer ist ohne Einfluß auf den Gaspreis, der von der Gemeinde festgelegt wird. Allerdings dürfte der Gaspreis eine stark sinkende Tendenz erhalten, denn sobald mit dem Mehr an Gas kein Mehr an Gaskoks mehr verbunden ist, haben die Gemeinden das größte Interesse daran, möglichst viel Gas abzusetzen, um dadurch die Generalunkosten zu senken. Mitbesitz an diesen Ferngasversorgungsstätten ist für die Gemeinden nicht erstrebenswert, sonst würden sie dabei die Kapitalkosten und das Wagnis wieder auf sich nehmen, was sie durch Verminderung der Ausgaben für städtische Neubauten gerade vermeiden können.

Verantwortlich für den Allgemeinen Teil Paul Koene, für Politik Heinrich Hellmann, für Kunstkritik Dr. Rudolf Predeek, für Feuilleton Dr. Gottfried Hasenkamp, für Handel und Sport Josef Engbers für Inserate Anton Pusch, sämtlich in Münster. Druck und Verlag der Aschendorffschen Verlagsbuchhandlung Münster i. W.

Münst. Anzeiger von jeher bevorzugt für Familienankündigungen

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Das Verzeichnis der für die Wahlen zur Handwerkskammer wahlberechtigten Innungen und Gewerbevereine liegt vom 27. Januar bis zum 3. Februar 1927 einschl. ehl. auf Zimm. 11 des Kreishauses zur Einsicht offen. Etwaige Einsprüche sind binnen 14 Tagen (10. 2.) bei mir anzubringen.

Burgsteinfurt, den 22. Januar 1927.

Der Landrat.

Veröffentlicht!

Rheine, den 26. Januar 1927.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Das hiesige Standesamt ist zur Entgegennahme von Anmeldungen an allen

Werktagen, vormittags von 9—12 Uhr, geöffnet. Jeder Sterbefall und jede Totgeburt ist spätestens am nächstfolgenden Wochentage (also nicht an einem Sonntage, wohl aber an einem Feiertage, der auf einen Wochentag fällt) anzuzeigen. Zu diesem Zwecke ist das Standesamt an Feiertagen, nicht aber an Sonntagen, vormittags von 11½ bis 12 Uhr, geöffnet.

Jeder Geburtsfall ist innerhalb einer Woche anzumelden.

Stadt Rheine, am 25. Januar 1927.

Der Standesbeamte.

Studentenhilfe.

Auch in diesem Jahre sollen Studenten der Universität Münster auf dem Lande zur Erholung Aufenthalt finden. Die Unterbringung im Vorjahre hatte ein durchweg außerordentlich gutes Ergebnis. Der Gesundheitszustand unseres studentischen Nachwuchses läßt auch heute noch teilweise außerordentlich zu wünschen übrig. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn sich auch in diesem Jahre Familien bereit fänden, in den Oster- bezw. Herbstferien erholungsbedürftige Studenten aufzunehmen. Anmeldungen werden auf dem Wohlfahrtsamte, Zimmer Nr. 2, bis zum 8. Febr. d. Js. entgegengenommen.

Rheine, den 25. Januar 1927.

Der Amtmann.

Eine in der Nähe von Münster gelegene 20 t Weizen- und Roggenmühle, verbunden mit größerer Kornbrennerei in leitender Stellung auch als Verkäufer tätig gewesen ist. Ausführliche Angebote unter S S 3365 an die Gesch. h2591m

Englisch in 3 Monaten! Unterricht erteilt Engländerin. Angeb. unt. F G 341 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *

Runkelrüben waggon- und fuderweise und prima Bullenkälber hat abzugeben Berninghoff, Ostenborg, Tel. 178 r80°88

Gesuchte Wohnungen

Mittl. Beamter, unverh., sucht z. 1. März 1 möbl. Wohnzimmer und 1 möbl. Schlafzim. od. 1 großes möbl. Zimmer. Gasthaus bevorzugt. Angebote mit Preisangabe erbet. unt. F H 737 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *

Unternehmer sucht Etage, 4—5 Zimmer u. Zubeh., bis 1. März. Miete kann läng. Zeit im voraus bezahlt werden. Offerten erb. unt. P A 2017 an die Geschäftsstelle. *6217

Offene Stellen

Nach Bochum in größeren Villenhaushalt perfektes Erkmädchen oder einfache Stütze zum 15. 2. 27 gesucht. Bewerbung. mit Zeugnissen an h5570) Frau Fabrikdirektor Reinecke, Bochum, Prinzstr. 58

Suche zum 1. Febr. ein braves, kath. — Mädchen, — nicht unter 18 J. für Küche und Hausarbeit bei Fam.-Anschl. Dems. ist Gelegenh. geb. en, die Küche zu erlernen. Bitte um pers. Vorstell. Frau F. Nunnemann, Gastwirtschaft, Scheidingen, Post Velver. Tel. Nr. 36 Amt Velper

Ehrl., gew., stadtkund. — Fräulein, — 20er, von ält. Kaufm. tägl. 8—1 u. 3—7 Uhr für l. Haus- u. Schreibarb. sowie Telephon gef. Schnelle Auffassung u. Vorkenntn. in Schreibmaschine erw. Selbstgeschriebene Offert. mit Anspr. unter F E 756 an die Geschäftsstelle. *

Zum 1. 2. suche ich eine ältere, erfahrene Kontoristin, die in Steuersachen bewandert und im Maschinenschreiben perfekt ist. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter S T 749 an Geschst. *

Älteres Mädchen für Gutshaushalt gesucht. Selbiges muß in Küchen-, Haus- und Gartenarbeit bewandert sein. Frau Joh. Janninghoff Münster i. W. Giebenbeck, Haus Rünning.

Besseres junges und kinderliebes Mädchen v. Lande, das d. Haushalt erlernen will, per sofort od. später in Ct.-Haushalt gesucht. * Frau Ernst Horn, Münster, Bahnhofstr. 44

Suche zum 1. od. 15. Februar ein durchaus zuverl., älteres, kathol. — Mädchen, — das selbständig kochen kann. Haush. 4 Pers. Putzfrau vorhand. Nur Mädch. mit best. Zeugnissen mögen sich meld. Off. unt. B 989 an die Ann.-Exp. E. Wendel, G. m. b. H., Salzstr. 57

Besseres Mädchen wegen erkrankter Stütze zur Besorgung eines kl. Haushaltes für 3—4 Wochen gesucht. * Gartenstraße 9, I.

— Mades! — Gesucht wird zum 15. Februar oder 1. März kath. Arbeiterin, welche durchaus flott und sch. e garniert. h2583) Off. mit Gehaltsang. und Zeugnisabschriften bei freier Station unt. M M 3316 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche für sofort brav., sauberes Mädchen, nicht unter 18—19 J. aus anständig. Familie für ganze Tage, das zu Hause schlafen kann, für kleinen ruhigen Bamtenhaushalt. * Schlachthausstr. 16.

Putzfrau od. Mädchen für Mit woch u. Samstag von 9½—11 Uhr vorm. gef. Meld. 8383 Hohenzollernring 5, I.

Landwirtssohn kath., 20—25 J., findet zum 1. 4. 27 auf einem modern eingerichteten Hof von 240 Morg. im Kreise Teckenburg Dauerstellung als Stütze des Prinzipals bei Familienanschl. und Gehalt. Bei Stellung nur nach Aufforderung. Lebenslauf u. Zeugnisabschr. erbeten. B. Schürmann Laggenbeck i. W. h2564)3

Ein durchaus zuverl., nüchterner, kath. Kupferschmied und Installateur, der selbständig arbeiten kann, nicht unt. 26 J., für dauernde Stellung gesucht. r8050 Näh. zu erfahr. durch Buchhandl. J. Odiga, Fürstenau, Kr. Bersenbrück.

Gesuchte Stellen

Landwirtstochter sucht wegen Heirat des Bruders zum 1. April Stelle als Stütze der Hausfrau, wo sie sich im Kochen weiter ausbilden kann. * Off. unter W J 751 an die Geschäftsstelle.

Mädchen sucht Putz- und Waschstellen. * Off. unter G G 754 an die Geschäftsstelle.

Modes! Suche zum 15. Febr. oder 1. März eine Stelle als 1. Arbeiterin am liebsten bei freier Station, in Münster oder Umgegend. h2556) Ida Ahrens, Lippborg, Kr. Beckum.

Junges Mädchen, 21 J. alt, sucht Aufn. zur Erlern. der Küche in seinem Restaurant od. Haushalt ohne gegenseitige Vergütg. bei Familienanschluß. * Off. unter B C 5356 an die Geschäftsstelle. *

Best. jung. Mädchen, kath., sucht Stellg. als — Lehrlöchin — ohne gegens. Vergütg., auch im Geschäftshaush. Selbige war schon im Haush. tät. Im Serv. erfahren. M. Lohmann, Essen, Gerswidastr. 64.

Kath. Mädchen, 18 J. alt, sucht Stell. zum 1. April, wo Küche mit erlernt werden kann, bei gutem Lohn. Off. unter M E an die Buchhandlg. W. Brox, Senden i. W. r8054

Geb. Dame, 40 J. alt, energisch u. zielbewußt, im kaufm. Beruf pers., sucht Stellung als Filial-Leiterin. Kaution kann gestellt werden. Offt. unter D G 2046 an die Geschäftsstelle.

Expedient, 31 J., verh., langjähr. Leiter für Versand und Expedition bei hiesiger Großfirma sucht sich p. 1. 4. 27 zu verändern in gleicher od. ähnlicher Position. * Gefl. Offerten erbeten unter A A 752 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *

Ältere Gehilfin, die auch selbständig arbeiten kann, sucht Stellung in einer Damenschneiderei od. in ähnl. Geschäft. *6238 Angebote erbet. unt. C D 5357 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche zum 15. 2. od. 1. 3. Stellung als Verkäuferin. Bin 6 Jahre in der Landwirtschaft tätig u. mit all. Maschinen vertraut. Off. erb. unter A B 5355 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu kaufen gesucht

Guterh. Radioapparat zu kaufen ges. Anzgebote u. F G 2048 Geschst.

Zu verkaufen

Guterhaltene 1½pl. Bettlade mit Matratze billig zu verk. Hagedornstr. 1, I.

Grünseidenes — Ballkleid, — fast neu, zu verkaufen. Grevenerstr. 55, I.

3 Schlaf.-Einrichtung. fast neu, gebe billig ab. H. Schöppner Wwe., Frauenstr. 54.

Nußbaum-Büfett, Sekretär und Tisch billig zu verkaufen. Frauenstraße 54.

— Rollwagen, — 150 Mk. zu verkaufen. Frauenstr. 54, Gebr. Kalthagen.

Hund, Zwerg-Dobermann, äußerst scharf u. wachs. in gute Hände billig abzugeben. h2606 Frau Gerbaulet, Dülmen, Bahnhof.

Älterer Chauffeur-Monteur, gel. Fachmann, jede Reparatur, selbst ausführend sucht Dauerstellung. Off. unter Nr. 3289 an Ang.-Annahme Korte, Michaelisplatz 7—8. *20

Eine Marke von SALEM-ZIGARETTEN ist das Merkmal für die neue, milde, leichte SALEM-ZIGARETTE

4 ₰ rote Packung
5 ₰ grüne Packg.
5 ₰ Lucullus
} mit goldenem Wappen

Dieses Wappen in Gold

auf den Packungen der SALEM-ZIGARETTEN

Orient. Tabak u. Cigaretten-Fabr. Yenidze, Inh. Hugo Zietz G. m. b. H. Dresden